

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei loser Zustellung im Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Lieferung ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Franko 5.— M. Der „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Preisliste für 1919 eingetragene Nr. 10. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Inhaltsverzeichniss: Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei loser Zustellung im Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Lieferung ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Franko 5.— M. Der „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Preisliste für 1919 eingetragene Nr. 10. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Inhaltsverzeichniss: Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei loser Zustellung im Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Lieferung ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Franko 5.— M. Der „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Preisliste für 1919 eingetragene Nr. 10. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An das werktätige Volk Groß-Berlins!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

In den Kriegsjahren hat man Euch zugunsten einer Kampfpolitik beeinflusst, der Ihr unermessliche Opfer an Gut und Blut bringen mußtet. Jetzt ist man drauf und dran, Euch in den Dienst einer Friedenspolitik zu stellen, die dem Kapitalismus die Ausbeutung der Massen weiter ermöglicht, ihre Lebenshaltung noch weiter verdrückt, und die Euch trotz der republikanischen Schamfreiheit weiter als Untertanen behandelt.

Politische Geschäftsmacher und Agenten jener Partei, die sich zur Zeit den Zugang zu den Futtertruppen der Staatsverwaltung gesichert hat, suchen Euch einzureden, daß Euer Schicksal unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen am besten aufgehoben sei; und daß Eure Pflicht darin bestünde, hart und ohne Klagen zu arbeiten.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

Die Männer, die Euch das predigen, sind dieselben, die im August 1914 bis zum November 1918 in immer neuen Variationen Euch zum Durchhalten aufgefordert haben.

Es sind die Männer, die, als der militärische Zusammenbruch schon klar zutage lag, die Reklametrömmel für die neunte Kriegsanleihe rührten. Es sind die Männer, die dadurch mit Schuld daran tragen, daß Ihr für die ungeheuerlichen Kriegsanleihen aufkommen müßt. Es sind die Männer, die noch im Oktober vorigen Jahres bereit waren, für die nationale Verteidigung einzutreten und das deutsche Volk dadurch völlig zum Verbluten zu bringen.

Jetzt, da ihnen eine günstige Konjunktur die Regierungsgewalt in die Hände gespielt hat, wollen Sie Eure Sinne umnebeln und Euch gefügig machen für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und des republikanisch maskierten Obrigkeitsstaates.

Die regierungsozialistische Partei überschremselt in diesen Tagen die Bevölkerung Groß-Berlins mit Flugblättern.

Ihr Parteimitglied, der Reichswehrminister Noske, verleiht den Parteien des revolutionären Proletariats, Flugblätter herauszugeben!

Einer lokalen Willkür hat sich das alte Regime trotz seiner Brutalität nicht schuldig gemacht.

In einem dieser Flugblätter wird das Wort Wilhelm nicht zitiert:

Ich nenne Diktatur, wenn eine Gesellschafts-Klasse die Herrschaft dazu benutzt, die andere rechtlos zu machen.

Mit diesen Worten haben sich die Herausgeber der verschiedenen Flugblätter selbst das Urteil gesprochen. Sie betonen nicht allein die alten, bestehenden Gesetze, um ihre politischen Gegner zu knebeln, sondern sie setzen sich in vielen Fällen über jedes Gesetz und Recht hinweg und lassen durch ihre Schergen alle brutale Gewalt gegen ihre eigenen Massengenossen ausüben.

Sege gegen den Vollzugsrat

Der Groß-Berliner Arbeiterrat zeigt, bis zu welchem Grade die Brutalität, aber auch die Schwäche bei den führenden Elementen der regierungsozialistischen Partei schlingt.

Der Vollzugsrat soll die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung, soll der Sozialismus zur Strecke gebracht werden.

Der Kampf der regierungsozialistischen gegen alle ehrlichen Vertreter der Revolution und des Sozialismus hat nicht nur der kapitalistischen und militärischen Gegenrevolution Vorteile gebracht.

Der Parteigenossenschaft der regierungsozialistischen Gegenrevolution macht sie in Schilddrüsen und Weibereitern die Gegenrevolution. Die Landsknechtshäufen, die unter Führung und Begünstigung des regierungsozialistischen an die Macht gelangten, beiraten bereits gegen ihre regierungsozialistischen Genossen zu rebellieren. Das hindert diese Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

Der Kampf der regierungsozialistischen gegen alle ehrlichen Vertreter der Revolution und des Sozialismus hat nicht nur der kapitalistischen und militärischen Gegenrevolution Vorteile gebracht.

Der Parteigenossenschaft der regierungsozialistischen Gegenrevolution macht sie in Schilddrüsen und Weibereitern die Gegenrevolution. Die Landsknechtshäufen, die unter Führung und Begünstigung des regierungsozialistischen an die Macht gelangten, beiraten bereits gegen ihre regierungsozialistischen Genossen zu rebellieren. Das hindert diese Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

Der Parteigenossenschaft der regierungsozialistischen Gegenrevolution macht sie in Schilddrüsen und Weibereitern die Gegenrevolution. Die Landsknechtshäufen, die unter Führung und Begünstigung des regierungsozialistischen an die Macht gelangten, beiraten bereits gegen ihre regierungsozialistischen Genossen zu rebellieren. Das hindert diese Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

Die Aufforderung des rechtmäßigen Vollzugsrates, an den planmäßigen Ausbau einer Räteorganisation zu gehen, die dem Proletariat die politische Macht sichert, ihm aber auch eine ausschlaggebende Rolle im Produktionsprozess zuweist, hat alle Feinde des Proletariats und des Sozialismus in eine geschlossene Kampffront gebracht.

Die Metallindustriellen Groß-Berlins, die den Forderungen der Arbeiter und Angestellten stets ihren kapitalistischen Eigennutz entgegenstellen, haben in einem geheimen Rundschreiben gegen die Wahlarbeiten des Vollzugsrates Stellung genommen.

Das im Bürgerrat organisierte reaktionäre und arbeiterfeindliche Bürgertum weiß genau, daß ein nach der Anweisung des Vollzugsrates aufgebautes Räte-System die Vorrechte beseitigen würde, die die besitzende Klasse auf Kosten des arbeitenden Volkes bis auf den heutigen Tag genießt. Diese reaktionären bürgerlichen Elemente sind jetzt die eifrigsten Bundesgenossen der Regierungsozialisten.

Ihnen gesellt sich zu die Staatsbürokratie unter Führung eines Schlacke und Fischbeck. Als

Organe all dieser rätefeindlichen Kreise

ist die Kriminalpolizei und die Truppe Noskes jetzt Tag für Tag am Werk, die Arbeit des rechtmäßigen Vollzugsrates zu stören.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

In einem Flugblatt der Regierungsozialisten wird behauptet, daß durch das Betriebsratsgesetz der Regierung ein Räte-System errichtet und die Diktatur des Proletariats durchgeführt werde. Damit spekulieren diese geschädigten Demagogen nur auf Eure Urteilslosigkeit.

Der Entwurf hat noch keine Gesetzeskraft erlangt. Die Arbeiterfeinde in der Nationalversammlung werden dem Petitionsausschuß der kapitalistischen Kreise Rechnung tragen und den Entwurf noch schlechter gestalten, als er jetzt schon ist. Die Befugnisse, die hier den Betriebsräten zugestanden werden, sind nichts weiter als „weiße Salbe“.

Was kann ein einzelner Betriebsrat in einem Aufsichtsrat ausrichten, in dem stets gerissene kapitalistische Profiteure die Mehrheit haben? Was ist es für ein Recht, wenn die Betriebsräte Einblick in die Lohnbücher erhalten, oder wenn ihnen am Jahresabschluss eine sorgfältig frisierte Bilanz vorgelegt wird? Mit dem Rechte der Mitbestimmung und der Kontrolle des Produktionsprozesses haben alle solch schöne Konzessionen nicht das mindeste zu tun.

Es ist nichts als Volksbetrug, wenn behauptet wird, daß kein Proletariat der ganzen Welt den Einfluß auf den Gang der Produktion besitzt, wie ihn jetzt das deutsche Proletariat hat. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte der Industrie, der Bank usw., jeder Beamte mag selbst nachprüfen, wie es um diesen Einfluß auf die Produktion und auf den Gang des Geschäftsbetriebes bestellt ist.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

Auch wir rufen Euch zu: Erkennt die Gefahr, die Euch droht! Wenn Ihr Euch Recht durch die Täuschungsmanöver der Regierungsozialisten einschleiert, werdet Ihr auf lange hinaus die Diktatur des Kapitalismus und soziale Unfreiheit über Euch ergehen lassen müssen.

Ihr selbst müßt Euch anrassen und dem Sozialismus zum Siege verhelfen. Ihr selbst müßt Euch den ausschlaggebenden Einfluß im Produktionsprozess sichern.

Das kann nur geschehen mit dem Mittel einer Räteorganisation, die ihr Dasein nicht der Gnade einer revolutionärsfeindlichen Regierung verdankt, die vielmehr von Euch selbst aus eigener Kraft aufgebaut wird.

Laßt Euch nicht irre machen durch die regierungsozialistischen Täuschungsversuche und durch die Gewaltmaßnahmen einer sich auf die brutale Macht stützenden Regierung. Nicht durch die Demokratie der Noske, Schlacke, Fischbeck usw. kommt Ihr zum Sozialismus, sondern dadurch, daß Ihr Euch mit der revolutionären Räteorganisation dem Sozialismus erempficht, werdet Ihr zur wahren Demokratie gelangen.

Haltet darum fest am revolutionären Rätegedanken. Sorgt für Aufklärung, rüttelt die Schwachen und Unentschlossenen auf. Kämpft für den Sozialismus, der nur durch Eure eigene Kraft verwirklicht werden kann.

Die Tragödie des ungarischen Proletariats.

Von Julius Braunthal (Wien).

Mit tiefster Ergriffenheit folgte die deutschösterreichische Arbeiterklasse dem Schauspiel des heroischen Kampfes und dem vernichtenden Zusammenbrüche des ungarischen Proletariats. Strahlte Sieg oder Niederlage der Arbeiterklasse eines Landes seine Auswirkungen auf den Klassenkampf des Proletariats aller Länder, so beeinflusst das Wellenspiel des sozialen Kampfes am tiefgreifendsten den Klassenkampf des Proletariats der Nachbarländer. Schwelte der Aufstieg der ungarischen Arbeiterklassen das Machtbewußtsein des deutschösterreichischen Proletariats, so stärkte ihre Niederlage die Machtposition der kapitalistisch-reaktionären Klassen seines Staates. Der tägliche Kampf zwang so die deutschösterreichische Arbeiterklasse immer aufs neue, die Probleme des Klassenkampfes des ungarischen Proletariats durchzudenken und sie in ihren konkreten Erscheinungen zu studieren. In keinem Lande wurden deshalb die Voraussetzungen der Daseinsbedingungen der ungarischen Räteherrschaft ernster geprüft und die Lehren aus ihrem Zusammenbruch gründlicher erwogen, als in Deutschland. Für das deutschösterreichische Proletariat stehen also die Probleme des Bolschewismus ungleich stärker im Brennpunkt seiner geistigen und politischen Selbstverständigung als im Denkprozess des deutschen und westlichen Proletariats. Denn die opferreiche Episode der Räteherrschaft des ungarischen Proletariats war der mißglückte Versuch einer schematischen Übertragung der bolschewistischen Methoden auf ein Land, dessen soziale Struktur die des russischen Reiches überaus ähnlich ist, wengleich kein im Vergleich zum russischen Riesengebiet zwerghaften Dimensionen mit seinem Mangel an Hilfsquellen und seiner ökonomischen, politischen und psychischen Sonderheit seine Erschöpfung und seinen Zusammenbruch ungleich stärker bedauern sollte. Die Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs der ungarischen Räteherrschaft entrollt Probleme, die ihr Vorbild, die Räteherrschaft der russischen Arbeiterklasse, dem Klassenkampfe des Proletariats aller Länder gestellt hat.

Der Bolschewismus ist der grandiose Versuch, gleichsam mit einem Schlag die Herrschaftsmittel der alten Mächte im Staate zu zertrümmern und ungeachtet der ökonomischen und sozialen „Reife“ des Landes den Sozialismus zu verwirklichen. Durch ein System der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte versucht er die unmittelbare Mitwirkung des gesamten werktätigen Volkes an seiner politischen, ökonomischen und sozialen Schicksalsbestimmung und Verwaltung des Gemeinwesens zu sichern, die alte Staats- und Wirtschaftsbürokratie zu zerbrechen und zu verdrängen, und auf diesem Wege raschestens die sozialistische Gesellschaftsordnung zu begründen.

Indes entfesselte die Alleinherrschaft der Arbeiterklasse — die Diktatur des Proletariats — sowohl in Rußland als auch in Ungarn den heftigsten Widerstand nicht nur allein der Bourgeoisie, sondern auch der Intellektuellen. Kein modernes Gemeinwesen vermag aber auf die Mitarbeit der Intellektuellen dauernd zu verzichten. Denn der feinfühligste staatliche, soziale, industrielle, kommerzielle und finanzielle Verwaltungsmechanismus jeder modernen Volkswirtschaft wird von den Intellektuellen bewegt und zumindest in seinen Wirtschaftseinheiten planvoll geleitet. Ihre plötzliche Ausschaltung aus dem Wirtschafts- und Verwaltungsbetriebe bringt diesen Mechanismus zum Stehen. Die staatliche, soziale und ökonomische Selbstverwaltung des Gemeinwesens durch das werktätige Volk ist schlechthin die Aufgabe des Sozialismus, der innerste Sinn der Emanzipation des Proletariats. Aber die Organe der Autonomie des Proletariats bedürfen nicht nur allein eines gewissen Maßes intellektueller und moralischer Reife, sondern auch Erfahrungen, die langjährige praktische Schulung und nicht papierene Dekrete zu erzeugen imstande sind. Die russische Arbeiter- und Bauernklasse ist noch unfähig, unvermittelt die Staats- und Wirtschaftsbürokratie zu zerbrechen. Die Folge ist der rasende Zerfall der russischen Staats- und Volkswirtschaft, der Zusammenbruch der Industrie, Hungersnot und Massensterblichkeit, die Verödung der Städte, die Verkümmern der Ansätze moderner Wirtschaft, die Rückbildung zur Natural- und geschlossenen Hauswirtschaft.

Die inneren Schwierigkeiten verschärften sich infolge der Drofflung Rußlands durch die Entente. Mit der Proklamierung der Räteherrschaft in Rußland hatte das russische Proletariat den Ring um die Zentralmächte gesprengt. Die russische Armee löste sich auf, Trotsky unterzeichnete in Brest-Litowsk das deutsche Friedensdiktat. Die Räteregierung erklärte sich nicht nur allein politischen,

Der Vollzugsrat des Groß-Berliner Arbeiterrates.

fordern auch aller finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten entbunden und annullierte die auswärtigen Staatsschulden. Der Ententeimperialismus antwortete mit Blodade und Krieg. Er landete Truppen in Rußland, organisierte die kaiserlich-russische Armee, ermuntete und unterstützte die reaktionären Kosakenheere der Kornilow und Kollschals und umgürtete das Räterußland mit einem ehernen Ring, der es nicht nur allein vom Auslande, sondern auch von den wertvollsten Getreide-, Holz-, Kohlen- und Erzgebieten des eigenen Landes abschloß. Die Leiden der durch den vierjährigen Krieg und durch die Zerrüttung des Verwaltungsmechanismus schwer erschütterten Volkswirtschaft wurde durch die Drosselung der Getreide- und Rohstoffzufuhr furchtbar gesteigert.

Der militärische Druck auf das Räterußland verschärfte mit zwingender Folgerichtigkeit den inneren Kriegszustand. Die russische Bourgeoisie wünschte nichts sehnlicher als den Zusammenbruch der Räteregierung und den Sieg der konterrevolutionären Seere herbei, und förderte alle Zerlegungsercheinungen des Räterußlands. Dies zwang die Räteregierung, die Diktatur mit verdoppelter Härte gegen die Bourgeoisie auszuüben. Die verschärfte Diktatur aber steigerte die Leidenschaft des Widerstandes und die ökonomische Sabotage der Bourgeoisie. So verzehrte der erbarmungslose Krieg gegen außen und innen die besten Kräfte des russischen Proletariats. Es wurde unfähig, überdies auch nur annähernd die gigantischen Aufgaben zu meistern, die ihr die soziale Revolution stellte. Seine genialen Führer, vor allem Lenin und Trotski, hatten freilich von Anfang an erkannt, daß nur die Weltrevolution das heldenhafte kämpfende russische Proletariat aus diesem tragischen Verhängnis zu lösen imstande ist. Auf die Weltrevolution vertrauend und auf sie bauend, hatte das russische Proletariat den kühnen Wurf gewagt. Seine Hoffnungen erfüllten sich nicht, und blutig büßte es seinen geschichtlichen Irrtum.

Verdächtig aber der fortrollende Krieg in den Oktobertagen 1917 noch zahllose revolutionäre Möglichkeiten, so hatte das Kriegsende in den Novembertagen 1918 die Machtverhältnisse und die revolutionären Möglichkeiten in Europa eindeutig geklärt. Vollends unzweifelhaft lagen die Machtverhältnisse für Ungarn Ende März 1919, als das Proletariat dieses Landes, aufgeschwemmt durch die Entente, gedrängt durch die Kommunisten, die Macht im Süden und Osten von Österreich der Entente umlagerte Land unfähig ist, dauernd dem militärischen und wirtschaftlichen Druck der Entente zu trotzen, war der sozialdemokratischen Partei Ungarns klar. Aber der Sozialdemokratie war allmählich die Führung des Proletariats entglitten. Die ungarische Arbeiterklasse war seit jeher von einer despotischen Oligarchie geknechtet und geknechtet. Sie vermochte nicht, wie die Arbeiterklasse Deutschlands, Österreichs und der westlichen Länder, ihre Kräfte in der Atmosphäre der Demokratie zu entfalten. Ihr war weder in den Gemeinden, noch im Staate das Mitbestimmungsrecht gegeben; sie besaß bis zur Revolution in keiner einzigen öffentlichen Körperschaft das Wahlrecht. Unter dem Druck der magyarischen Großgrundbesitzer verkrüppelten die organisatorischen und politischen Kräfte im Proletariat. Nur ein kleiner Teil der Arbeiterklasse Ungarns war vor der Revolution von den proletarischen Organisationen erfüllt. Die Revolution brach die Dämme der herrschenden Klassen und die proletarischen Massen strömten den Arbeiterorganisationen zu. Im zweiten Kriegsjahr waren in den Gewerkschaften Ungarns 55.000, in den letzten Monaten nach der Revolution 700.000 Arbeiter organisiert. Diese ungeheuren Massen, die bis zur Revolution dem Klassenkampfe ferngestanden, und von der Idee des Sozialismus kaum ergriffen waren, gewannen die Herrschaft in den Organisationen. Durch Jahrzehnte wurden alle Wünsche und Forderungen der Arbeiterklasse durch die Macht der Großindustrie niedergedrückt. Nun, im Besitz der ganzen Gewalt im Staate, brachen die materiellen Forderungen der Arbeiter, aufgeschwemmt durch eine ziellose Propaganda der Kommunisten, demagogisch hervor. Die erstarrte Wirtschaft war jedoch unfähig, die materiellen Forderungen der Arbeiterklasse ganz zu erfüllen. Ungarn bot nach der Oktoberrevolution das Bild eines völlig zerrütteten, führerlosen Staates dar. Die Regierung Karainis vermochte wohl politische, aber keine wirtschaftlichen Reformen von Bedeutung durchzuführen. Das Tempo der sozialen Entwicklung hielt mit dem Tempo der Ungebild des Proletariats nicht Schritt. So ergriff der Gedanke der Räteregierung immer tiefer die Massen. Das Ultimatum der Entente am 21. März beantwortete die Arbeiterschaft mit der Proklamierung der Räteregierung. Die sozialdemokratische Partei erachtete es als ihre Pflicht, auch dann dem Proletariat treu zur Seite zu stehen, wenn es auch von dem Irrtum seines Weges überzeugt war.

Die Räteregierung in Ungarn vermochte allerdings die Erwartungen des Proletariats nicht zu erfüllen. Die Kommunisten hatten die Räteregierung als die erstrebende Herrschaftsform gelehrt, die die Verwirklichung des Sozialismus unter allen Umständen verbürgt. Nach der Erhebung des Proletariats überführte aber auch neue Kriege das Land und umschloß es mit der schärfsten Blodade. Sie erweckte wie in Rußland den Bürgerkrieg im eigenen Lande, der hier wie dort in wenigen Wochen den fast völligen Stillstand der industriellen Produktion bewirkte. Es gelang aber der Budapester Räteregierung, so wenig wie der Moskauer Räteregierung, die sozial unerweckte Bauernschaft zu gewinnen, trotzdem ihr hier wie dort das Land der Großgrundbesitzer hingeworfen ward. Die ungarische wie die russische Bauernschaft will Ruhe und Frieden und verlagte hier wie dort der Räteregierung den Gehorsam. So war Budapest bald isoliert. Die Requisitionen der roten Garde schärfen den Widerstand der ländlichen Bevölkerung und trieb sie in das Lager der Gegenrevolution. Am gefährlichsten beeinflusste die wirtschaftliche Lage Ungarns wie die Rußlands die durch die Räteregierung niefestete Sabotage der Industrie durch die Intellektuellen. In diesen Schwerezeiten gesehten sich die durch die Besetzung der fruchtbarsten Gebiete und durch die Blodade gesperrte Rohstoffzufuhr. Der Stillstand der Produktion, die Zerrüttung der Finanzen, der aktive und passive Widerstand der Bourgeoisie, der Intellektuellen und der Bauernschaft, die unzulängliche moralische, politische und intellektuelle Reife der breiten Masse der ungarischen Arbeiterschaft, deren Schultern die Lasten des Gemeinwens allein

lag, die verbrecherische Unfähigkeit der Revolutionsparasiten, die sich zu den vom besten Willen befeierten Führern der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei gesehten, zerrütteten nach wenigen Wochen das Geseue des Räterußlands. Die ungarische Note Trause konnte den überlegenen Angriffen gegen zwei Fronten dauernd nicht widerstehen. Nach obererischen Kämpfen durchbrachen die Rumänen die entscheidende Front und erreichten in Eilmärschen Budapest. Das Schicksal der Räteregierung war besiegelt. Die ohne Rücksicht auf die besondere Eigenart des Landes verübte mechanische Anleiheung des Massenkampfes des ungarischen Proletariats an die Formen des Massenkampfes des russischen Proletariats, die völlige Verkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse im In- und Auslande, die maßlose Ueberschätzung der Wirkungsmöglichkeit der physischen Gewalt hat zur schwersten Niederlage des ungarischen Proletariats geführt. Nun triumphiert in Ungarn die rumänische Soldateska, vereint mit der oligarchischen Reaktion, und bedroht selbst die primitivsten politischen Errungenschaften der Revolution die demokratische Republik.

Die Kommunisten Deutschlands mußten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die sich weigerte, dem Beispiele der ungarischen Arbeiter zu folgen, nicht schwer genug des Verrates zu zeihen. Der Zusammenbruch der ungarischen Räteregierung erweist nun mit schmerzlicher Klarheit, daß die Sozialdemokratie Deutschlands den richtigen Weg gegangen ist. Ein Bündnis Deutschlands mit dem Räterußland hätte den Zusammenbruch der ungarischen Räteregierung nicht nur allein beschleunigt, sondern in dieses furchtbare Verhängnis noch überdies die Millionen Proletarier Deutschlands verstrickt, seine nicht geringen Errungenschaften der Revolution vernichtet und damit den letzten Fort der Demokratie und des Sozialismus in Mitteleuropa der Reaktion preisgegeben.

Aber wenn wir auch die Politik anderer ungarischer Genossen nicht billigen konnten, so empfinden wir gleich ihnen die Schwere des Schmerzes über diese verlorene Schlacht des Sozialismus. Wenn wir auch die Jubelgefühle ihres Sieges nicht teilen konnten, im Augenblick der Niederlage wissen wir uns jedoch mit ihnen vereint, durchglüht von der Ueberzeugung, daß auch dem ungarischen Proletariat die Stunde der Befreiung noch schlägt.

Die Revolte im Osten.

Die offiziöse „Deutsche Allgemeine Zeitung“, sucht den Eindruck des gestrigen von uns veröffentlichten geheimen Stabsbefehls des Generals v. d. Goltz, dessen Rechtigkeit sie nicht zu bestreiten mag, dadurch abzuwischen, daß sie die Agitation für den Uebertritt in russische Dienste als Privatsache der einzelnen hinzustellen sucht. Dieses Verlegenheitsgebot ist so bezeichnend für den Geisteszustand der amtlichen Stellen, daß wir es wörtlich wiedergeben:

Vor allem muß festgestellt werden, daß der Uebergang in fremde Dienste oder die Ansiedlung in außerdeutschen Gebieten Privatsache der einzelnen ist, und daß das Deutsche Reich in Folge des ihm ausliegenden Friedensvertrages nicht mehr die Macht besitzt, zugunsten solcher Landeslinder wirkungsvoll einzuschreiten, die bereit sind, die deutsche Nationalität aufzugeben. Doch die „Eiserne Division“ aber mitamt ihren Führern als deutsche Truppenabteilung zu unbedingtem Gehorsam gegen die Weisungen der deutschen Regierung verpflichtet ist, darüber kann auch nicht der leiseste Zweifel bestehen. Vorläufig ist noch keinerlei Anlaß zu der Annahme gegeben, daß die deutschen Führer im Baltikum eine Haltung einzunehmen beabsichtigen, die der Auffassung der deutschen Regierung widerspricht.

Also „vorläufig“ ist noch kein Anlaß zu der Annahme vorhanden, daß die militärischen Führer im Baltikum der Regierung den Gehorsam verweigern! Diese Verhütungsnote ist stillschweigend. In Wilna erheben sich die Truppen offen gegen die Regierung — aber in den Berliner Kreisen sieht man „vorläufig“ keinen Anlaß zur Verunruhigung. Wie sollte man auch — nachdem noch der Feststellung im „Vorwärts“ die Aufstandsbewegung von der Informationsstellen der Reichsregierung aus organisiert worden ist! Die Eiserne Division mitamt ihren Führern ist zwar zu „unbedingtem Gehorsam“ gegen die Weisungen der deutschen Regierung verpflichtet, aber — wenn sie diesen Weisungen zuwider handelt, wie das u. a. bei der amtlichen Förderung des Uebertritts zu den russischen Weissen Garde der Fall ist, so ist das eine „Privatsache der einzelnen“, gegen die einzuschreiten die Regierung „nicht mehr die Mittel“ hat. Es ist ein Standal, daß ein offizielles Organ mit derartigen Ausflüchten an die Öffentlichkeit zu treten mag.

Die übrige Presse schweigt vorläufig vor dem Stabsbefehl des Generals v. d. Goltz. Bloß das „Verl. Tagebl.“ und „Pol. Ztg.“ nehmen zu der Veröffentlichung Stellung. „Verl. Tagebl.“ schreibt:

„Sollte sich die Tatsache dieses Stabsbefehls bestätigen, der deutsche Truppen der russischen Gegenrevolution zuzurechnen dürfte, so wäre es höchste Zeit, daß dem Grafen v. d. Goltz endlich das Handwerk gelegt wird. Er ist zwar belarntlich vor einigen Wochen aus Kurland abberufen worden, hat sich dann aber auf eigene Faust wieder dorthin begeben. Und erscheint ein persönliches Eingreifen des Königs in diese merkwürdigen Verhältnisse in Kurland wichtiger als seine gegenwärtige Rundreise durch Süddeutschland.“

Schärfer äußert sich die „Berliner Volkszeitung“. „Das Maß ist voll!“ erklärt es gegenüber dem Vorgehen des Grafen Goltz und schreibt dann weiter:

„Man kann leider dem unabhängigen Blatte nicht unrecht geben, wenn es sagt, daß die Handlungsweise dieses Generals an Landesverrat grenzt. Die Regierung muß vor allem jetzt dafür Sorge tragen, daß ihren Befehlen Achtung verschafft wird, und daß nicht deutsche Soldaten an die garibischen Generale verhandelt werden.“

Der „Vorwärts“ hält mit der Veröffentlichung des Stabsbefehls noch zurück. Dafür liefert er — unfreiwillig — neues Material gegen die gesamte Baltikumpolitik der Regierung. „Nach vor zwei Monaten — erklärt er — wäre es möglich gewesen, durch einen festen Quartier die jetzt eingetretenen Ereignisse unmöglich zu machen.“ Seit langem seien die mahnebenden Regierungsstellen auf die Vorgänge im Baltikum aufmerksam gemacht worden.

Es sei bedauerlich, daß diese Warnungen nicht ernst genommen wurden!

Neu ist, was der „Vorwärts“ über die Werbestellen für die baltische Landeswehr mitteilt, die, wie er erklärt auf die „Freiführung der deutschen Offiziere“ angelegt war:

„Die Werbestellen für die baltische Landeswehr wurde im Namen des Grafen v. d. Goltz geführt. Dieser Graf v. d. Goltz ist der Bruder des deutschen Oberbefehlshabers in Kurland gewesen, was die Angehörigen natürlich nicht wissen konnten; sie konnten vielmehr nur einen Grafen v. d. Goltz, nämlich den militärischen Befehlshaber.“

Auch der bisherige baltische Befehlshaber, August Winnig, wird jetzt vom „Vorwärts“ preisgegeben:

„Als Anreger der Werbestellen wurde der Reichskommissar Winnig genannt. In einer größeren Werbestelle, die im Laufe dieses Jahres erschien, steht wörtlich zu lesen:

„Die Anwerbung besorgt eine der vielen Zweigstellen der Anwerbungsstelle Baltikum, die als Werbestelle des Generalbevollmächtigten für die baltischen Länder eine Institution des Deutschen Reiches ist.“

Den Angehörigen wurde auch Siedlungsland versprochen. Wie der Reichskommissar Winnig in einem späteren Zeitpunkt mitteilt, ist es ihm bekannt gewesen, daß die lettische Regierung Siedlungsland nie versprochen hatte. Um so mehr durfte der deutsche Reichskommissar diese Werbestellen, die unter seinem Namen betrieben wurde, nicht dulden.“

Am interessantesten aber ist, was der „Vorwärts“ aus der Note des Außenministers Hermann Müller vom 28. Juli wiedergibt:

Ich muß ferner mit einigen Bemerkungen zurückkommen auf die Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Gaase gemacht hat über meine Bemerkungen zu der Lage im Baltikum. Er hat gemeint, daß nicht ich regiere, sondern daß die Militärs das regieren. Ich kann nur bestätigen, was der Herr Reichskommissar ausgeführt hat, daß wir vor längerer Zeit schon, als wir zu der Frage der Räumung des Baltikums Stellung nahmen, dahin übereingekommen waren, daß ein Nachschub nach dem Baltikum nicht mehr stattfinden soll, und ich nehme an, daß der Herr Reichskommissar richtig unterrichtet ist, wenn er sagt, daß wir noch zur Sicherung der Ernährung der Truppen nach dort Hülfe zulassen werden. Wenn das nicht richtig sein sollte, wenn wir die Anordnungen des Herrn Reichswehrministers und der Befehlshaber des Baltikums heute noch Truppen dort hinschickten, so wären die Sachlage die, daß Offiziere, die so beschuldigt werden, vor ein Kriegsgericht gestellt werden müßten.“

Nun wird von dem Herrn Abgeordneten Gaase behauptet, daß bis in die neueste Zeit hinein Werbungen in Berlin und in anderen Städten für die baltische Landeswehr stattgefunden haben. Wenn das der Fall ist, so widerspricht es den klaren Anordnungen. Es wäre Pflicht der Polizei gewesen, hier einzuschreiten und die betreffenden Werbestellen zu verbieten, wie es auch in süddeutschen Staaten geschehen ist. (Hört, Hört!)

Was die Werbungen anlangt, so kann ich nur wiederholen, daß mit der früheren lettischen Regierung ein Vertrag über die Einbürgerung abgeschlossen worden ist, aber in der Frage der Landzuweisung ist man nie über Vorbereitungen hinaus gekommen. Ich habe auch hier ein Telegramm des Herrn Reichskommissar Winnig, das dahin lautet:

Der Anwerbestelle Baltikum sind die mit der lettischen Regierung getroffenen Vereinbarungen genau bekannt gegeben worden. Die Befehlshaber hat niemals angeordnet, den Angeworbenen Siedlungsland in Aussicht zu stellen und hat selbst gegen die unverbindliche Form der Landzuweisung in den Werbeausrufen ihre Bedenken geäußert.

Wenn trotzdem die Werbestellen fortgesetzt haben, entgegen diesen Weisungen mit Landbesprechungen die Leute anlocken, so sind die Betreffenden zu bedauern, die sie so pressen ließen. Ich beziehe mich unter der Truppe zur Zeit eine große Enttäuschung vorhanden ist, und daß es unter den Angehörigen der baltischen Landeswehr eine Anzahl gibt, die dem versprochenen Lande zu kommen glauben, indem sie jetzt von Rußen sich anschließen. Der Herr Abgeordnete Gaase hat darauf hingewiesen — auch mit wahren Ähnliche Mittelungen —, wir haben sofort Weisung gegeben, daß wir keine Stelle aus diese Pläne des Uebergangs zu den Russen gefördert werden dürfen. Auch hierin glaube ich, daß das Baltische Amt seine Pflicht getan hat (?).

Die Ausführungen Hermann Müllers widerlegen nicht die Anklagen des Genossen Gaase, vielmehr wurden alle schönen Deklarationen des Außenministers durch die nachfolgenden Ereignisse vollends als leere Phrasen enthüllt. Von den rezenten Offizieren wurde niemand vor ein Kriegsgericht gestellt. Der Schwindel mit dem „Siedlungsland“ blüht unter amtlicher Begünstigung weiter fort. Gegen die Werbungen hat die Polizei nichts, vielmehr blüht der Menschenhandel unter den Augen der Behörden, die die begünstigten. Trotzdem hätte die Veröffentlichung der Rede Hermann Müllers vielleicht insofern einen Zweck gehabt, als sie die irreführenden betrogenen Soldaten hätte aufklären können. Aber anscheinend wollte die Regierung diese Aufklärung nicht. Auch für den „Vorwärts“, der andauernd mit dem Kampf gegen die Werbestellen beschäftigt war, existierte diese Angelegenheit nicht. Er ist jetzt er darüber, daß die Soldaten emporgeschlagen sind, und daß die Offiziere zur Verantwortung gezogen werden müssen, wird aber dem „Vorwärts“ den schwersten Vorwurf nicht ersparen können, daß er durch seine bisherige Haltung die jetzige Katastrophe mit heraufbeschworen hat.

Belegung von Mittweida.

Mittweida, 29. August. M. L. D. meldet: Heute in den frühen Morgenstunden wurde Mittweida von Reichswehrtruppen besetzt. Die Soldaten rückten ohne Zwischenfall gleichzeitig von mehreren Seiten ein, ohne Widerstand zu finden. Der Grund des Einmarsches ist das Verhalten demonstrierender Arbeitssamer am 28. August gegenüber einem Grenzkommando, das in Mittweida Quartier machen sollte. Die Besetzung dient zur Wiederherstellung des Ansehens der Regierung, Festnahme der Räteführer bei der Besetzung der Quartiermacher und Beschlagnahme der Waffen, die sich in unbedeutendem Besitz von Einwohnern der Stadt befinden.

Baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Verailles, 29. August.

Der Oberste Rat der Alliierten veröffentlicht folgende Note:

„Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die Alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzubereiten.“

Die Vorbereitungen zum Rücktransport werden sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter angegliedert werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, von der die deutschen Soldaten so große Vorteile haben, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung auch das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.“

Von amtlicher Stelle wird zu dem Beschluß des Obersten Rates betreffend die Kriegsgefangenen erklärt:

Die Nachricht, daß jetzt endlich der von uns allen so sehr ersehnte erste Schritt zur Freilassung unserer gefangenen Brüder getan werden soll, wird in ganz Deutschland freudig begrüßt werden. Es ist jedoch lediglich der erste Schritt. Die Kriegsgefangenen werden nicht, wie man aus der in einem Berliner Blatt erschienenen Meldung vielfach entnehmen könnte, sofort freigelassen werden. Das geht schon aus der — weniger erfreulichen — Bestimmung des Obersten Rates hervor, daß der deutsche Vertreter an den Verhandlungen der Vorbereitungskommission teilzunehmen soll, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten ist. Aber die Tatsache, daß diese interalliierte Kommission, deren Aufgabe von der deutschen Delegation immer wieder auf das Wichtigste gefördert wurde, jetzt endlich zusammentritt, gibt uns die Hoffnung, daß die Vorbereitungen so schnell gescheitert werden, daß die Entlassungen unmittelbar nach Inkrafttreten des Friedensvertrages beginnen können. Unsere Delegation in Versailles wird auch weiter nach Kräften bemüht sein, die Freilassung noch mehr zu beschleunigen.

Seit der Veröffentlichung der Friedensbedingungen der Entente haben die bürgerlichen Parteien in trautem Verein mit den Rechtssozialisten Wochen und Monate eine wütende Hege gegen die Entente eingeleitet, weil sie die Absicht hätte, das Deutsche Reich und das deutsche Volk völlig zu vernichten. Nachdem die Entente durch die Milderung ihrer Ansprüche auf den Bezug von Rohstoffen bereits gezeigt hat, daß sie den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen Deutschlands Rechnung zu tragen geneigt ist, zeigt sie jetzt auch durch den Beschluß, die Vorbereitungen zum Rücktransport der Kriegsgefangenen sofort zu beginnen und das Inkrafttreten des Friedensvertrages, soweit er die Kriegsgefangenen betrifft, vorzubereiten, daß sie geneigt ist, bereits dadurch zur Veröhnung der Völker beizutragen.

Wir begrüßen diesen Entschluß der Entente aufs herzlichste. Wer die Leiden der Kriegsgefangenen, und wer die Qualen, die ihre Angehörigen durch die Ungewißheit ihres Schicksals erlitten haben, würdigen kann, der mußte trotz des traurigen Vorbildes der damaligen deutschen Regierung durch den Brest-Litovsker Friedensvertrag und die Zustimmung der Parteien dazu aus innigster Wertschätzung der Länder der Entente mehr menschliches Gefühl und staatspolitische Einsicht zeigen würden, als die deutsche Regierung.

Daß die Entente sich endlich zu diesem Entgegenkommen entschlossen hat, gewährt uns besondere Genugung. Denn während diejenigen, die in den letzten Wochen und Monaten eine wütende nationalistische Hege gegen die Entente und die deutsche Regierung entfaltet haben, durch die Ablehnung des Friedensvertrages die Kriegsgefangenen auf völlig ungewisse Zeit hinaus weiter in der Kriegsgefangenschaft schmachten lassen wollten, war es die Unabhängige Sozialdemokratie, die keine Unterzeichnung forderte, damit auch die Kriegsgefangenen aus ihren jahrelangen Leiden erlöst und ihren Angehörigen wiedergegeben werden.

Für die in den westlichen Ländern lebenden Kriegsgefangenen ist jetzt der Zeitpunkt der Rückkehr in die Heimat in ausichtsreiche Nähe gerückt. Aber um das Schicksal der in Rußland und in Sibirien schmachtenden Kriegsgefangenen rührt sich nichts oder fast nichts. Wir haben neulich darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Niederlage Kollschals die Möglichkeit gegeben sei, die in dem von den Sowjettruppen eroberten Gebiet untergebrachten Kriegsgefangenen in die Heimat zurückzuführen. Nichts ist darauf erfolgt. Und so müssen wir denn erneut in dem Augenblick, wo unsere Kriegsgefangenen aus den westlichen Ländern in die Heimat zurückkehren sollen, fordern, daß die deutsche Regierung endlich alles daransetzt, um auch die Kriegsgefangenen aus dem Osten schnellstens ihren Angehörigen wiedergeben.

Nur ein Schädling?

Die „Freie Zeitung“ hatte gestern Abend schon gemeldet, daß der Rat der Alliierten am Donnerstag beschlossen habe, die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen sofort und ohne die Ratifizierung des Friedens abzuwarten, in Angriff zu nehmen. Zu diesem Zweck werde sofort eine Kommission aus Vertretern der Alliierten und Deutschlands eingesetzt werden, um die notwendigen Vorbereitungen für den Rücktransport unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Ernst Seilmann nimmt diese Meldung in seiner Korrespondenz zum Anlaß, um aus neue gegen die französischen Sozialisten zu heben. Sie hätten bis jetzt trotz wiederholter feierlicher Versicherungen nicht das geringste für unsere Gefangenen getan. Wenn jetzt endlich die Entente Vertreter für die Kommission ernenne, so hätten die Entente-Sozialisten nicht das mindeste dazu beizutragen. Dieser Mensch ist gerade der richtige, der den

Entente-Sozialisten Vorwürfe machen darf. Es sei daran erinnert, daß die Rechtssozialisten nach dem Abschluß des Gewaltfriedens gegen Rußland nichts unternommen haben, um die Rückkehr der russischen Kriegsgefangenen nach ihrer Heimat zu ermöglichen, daß sie stillschweigend zugehört und gebilligt haben, wie die russischen Kriegsgefangenen verkehrswidrig zurückgehalten wurden. Die Rechtssozialisten haben die Politik der wilhelminischen Regierung unterstützt. Sie sind also mitverantwortlich für diese oryxalme Behandlung der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland. Wenn den französischen Sozialisten jetzt ihr geringer Einfluß als Vergehen angedreht wird, so haben sich die Rechtssozialisten, die sich immer wieder ihres großen Einflusses gerühmt haben, geradezu eine Selbstverleumdung gemacht.

In demselben Artikel finden wir noch eine zweite Forderung der Franzosen wegen ihrer angeblichen Forderung des Putzversuches in Ludwigshafen und eine dritte Hege gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten, die an ihm beteiligt sein sollen. Wir verfügen nicht über den Epitelapparat der Regierung und der Rechtssozialisten und können deshalb im Augenblick nicht feststellen, ob wirklich Unabhängige Sozialdemokraten an den Lösungsbestrebungen beteiligt sind. Das ist aber auch ganz nebensächlich. Festgestellt muß noch einmal werden, daß die Unabhängige Sozialdemokratie sich von allem Anfang an und so deutlich wie nur irgend möglich für die Einheit des deutschen Reiches ausgesprochen hat. Wenn wirklich einige Mitglieder unserer Partei die Lösungsbestrebungen unterstützen, so werden sie, wie es in Köln bereits geschehen ist, zur Rechenschaft gezogen werden.

Seilmann behauptet aber noch mehr. Er wirft den von ihm des Separatismus beschuldigten Unabhängigen und Kommunisten die Kausalität vor. Dieser Seilmann bezieht sich auf andere der Kausalität!

Die rechtssozialistische „Freie Zeitung“ wendet sich energisch gegen die Verleumdung auf unbestimmte Resonanzen hin die Franzosen der Teilnahme an dem Putzversuch in Ludwigshafen zu beschuldigen und damit neue Provokationen zwischen ihnen und uns zu füren. Das Blatt fordert die Regierung auf, sich dagegen zu stemmen, daß die Vorgänge in der Pfalz zu einer sinnlosen Hege gegen Frankreich und dessen Regierung mißbraucht wird, und im Hinblick darauf zu sorgen, daß der Vorfall baldmöglichst aufgearbeitet wird. Bis dahin aber müsse jeder, der die pfälzischen Vorgänge dazu benützt, um wieder lustig die Deutsche zu schwingen, als ein Schädling am deutschen Volke bezeichnet werden.

Wie wird die „Freie Zeitung“ Ernst Seilmann nennen: nur einen Schädling?

Der Kampf gegen Sowjet-Rußland.

Die schwierige Lage Kollschals.

Amsterdam, 29. August.

Die englischen Blätter vom 27. bringen eine Briefe Preßmeldung, wonach Kollschals im Rücken Kollschals die Gräde über den Jenseit gerückt haben und damit den Truppen Kollschals in der Gegend von Jermolow ihren Rückzug abgeschnitten haben.

Amsterdam, 29. August.

Preßbüro Radio meldet, daß der amerikanische Vorkämpfer in Japan Morris in seinem letzten Bericht sich sehr für die Anerkennung der Regierung Kollschals eingesetzt hat und Kollschals Mißerfolge der Nichtanerkennung seiner Regierung durch die alliierten und assoziierten Mächte zuschreibt.

Die Beschießung Odessas durch englische Kriegsschiffe.

Amsterdam, 29. August.

Die englischen Blätter vom 27. bringen ein von der Welt Preß übermitteltes Bolschewisten-Tommuniqué, aus dem hervorgeht, daß der Einbruch Odessas eine zweifelhafte Beschießung durch 30 britische Kriegsschiffe vorausgegangen ist.

Die Debatte über den Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Paris, 29. August.

Wie Havas meldet, fehrte die französische Kammer am Donnerstag die Diskussion über den Friedensvertrag fort. Gailard-Dancel behauptete, daß die Vertreter Frankreichs nicht eine Verminderung der deutschen Einheit erreichen konnten. Der Sozialist Brunet sagte, daß die deutschen Sozialisten mit der Bewilligung der Militärkredite nicht ihre Pflicht erfüllt, sondern ein Verbrechen begangen hätten, das aus der ganzen Menschheit laufe. (Weisung.) Die französischen Sozialisten hätten keine Verantwortung an der Katastrophe, da Frankreich ungerechter Weise angegriffen und Belgien verewaltigt worden sei. Der Redner erklärte, daß der Vertrag niemandem befriedige. Das Blut der Toten und die Größe der Opfer Frankreichs hätten zu besseren Erwartungen berechtigt. Der Redner stellt fest, daß der Vertrag keine zu einem neuen Krieg enthalte. Jedoch betonte er, daß die französische Regierung Beweise von Mäßigkeit und dem Geiste der Gerechtigkeit abgelegt habe. Er schließt mit der Erklärung, daß er der Regierung die Verantwortung für den Vertrag überlasse, der ihm ungenügend erscheine, um den Frieden zu sichern. Namit verlangte, daß die Kriegskosten gemeinschaftlich getragen werden. Daraus wurde die Fortsetzung der Debatte auf Freitag verschoben.

Das Volksarbeitsamt für den Wiederaufbau.

Zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete wird uns mitgeteilt:

Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß die „Central-Arbeitsgemeinschaft“ als Reichskommission für den Wiederaufbau nur eine Persönlichkeitsliste aus den Kreisen der Großunternehmer vorgeschlagen würde, welche allerdings das Vertrauen der Arbeiter und der beteiligten freischaffenden Berufsstände genießen müßte. Demgegenüber wird uns von dem Volksarbeitsamt für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, welches sich aus den Kreisen der Arbeiter, Architekten und Arbeitslosen-Vertreter gebildet hat, erklärt, daß eine solche Persönlichkeitsliste in der Zahl unserer Großunternehmer niemals zu finden sein wird, weil diesem das Vertrauen aller westlichen Verufe durchaus fehlt.

Das Volksarbeitsamt, dessen Vorsitzender Herr Parteisekretär Hermann Weisse und dessen Vizepräsident Herr Vollmerhauß, Vorsitzender der Berliner Gewerkschaftskommission, Herr Rostke, Arbeitslosenrat, und Herr Architekt und Bauamant, Dipl.-Ing.

Kohledern, Vorstandsmittglied der Deutschen Kraftwerke-Gesellschaft, wird im Namen der gesamten von ihm vertretenen westlichen Kräfte mit der Regierung verhandeln, um einen Ausschuß von Vertrauensmännern ins zerstörte Gebiet zu entsenden, die aus eigener Anschauung die Unterlagen für das große Kulturwerk schaffen werden.

Dieses Amt, welches das Vertrauen des Volksgenossen Groß Berlin genießt, wird auch alle Vorschläge und Meldungen für den Wiederaufbau aus dem ganzen Reich sammeln und nach dem Gemüße ordnen, um sie für den künftigen Reichskommissar zur sofortigen Inangriffnahme bereitzustellen.

Das Bureau des Volksarbeitsamtes befindet sich Berlin W. 10, Margaretenstr. 8 (Ruhow 9203).

Die Deutsche Weisenkammerkommission teilt uns mit, daß am Montag den 1. September, in ihren Räumen stattfinden Besprechungen über Tariffragen beim Wiederaufbau nur eingeladene Vertreter teilnehmen dürfen. Diese Besprechungen sind weder von dem Volksarbeitsamt beauftragt worden, noch hat sie etwas mit demselben zu tun.

Einverständnis der Elektrizitätshilfeleistung.

In Aufsehung der Vertreter des preussischen Handelsministeriums, des Arbeitsministeriums, des Reichskommissars für die Kohlenverteilung und der Gewerkschaften fand heute bei der Kohlenverteilungshilfe in den Marken eine Besprechung mit der Groß-Berliner Industrie und den Elektrizitätswerken über die Lösung des bedrohlichen Kohlenmangels erforderlichen Maßnahmen statt. Die zwingende Notwendigkeit einer durchgreifenden Einschränkung des gesamten Energieverbrauches (Rohle, Gas, Elektrizität) wurde allseitig anerkannt. Eine wesentliche Verbesserung der Ausnutzungsmöglichkeit der zur Verfügung stehenden elektrischen Kraft läßt sich durch eine gleichmäßigere Verteilung des Kraftverbrauches über Tag und Nacht erzielen. Es ist deshalb in Aussicht genommen, die Industrie grundsätzlich auf 70 Prozent des bisherigen Durchschnittsverbrauches einzuschränken. Für den Fall aber, daß die Entnahme von Elektrizität auf die Nachtstunden verlegt werden kann, würde ein Stromentnahme in Höhe von 85 Prozent des bisherigen Verbrauchs zugelassen werden. Für diejenigen Verbraucher, die Strom aus Werken entnehmen, welche durch Fernleitungen versorgt werden, soll für den Fall der Entnahme von Elektrizität während der Nachtstunden zunächst versucht werden, ohne Einschränkungen auszukommen. Da eine prozentuale Einschränkung während der Normaldauer des Betriebes häufig aus technischen Gründen unmöglich ist, wird bei diesen Betrieben von einer Einschränkung der Arbeitszeit nicht abgesehen werden können. Eine entsprechende Verordnung wird in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission tritt am heutigen Sonnabend zusammen, um zu der drohenden Betriebsbeschränkung und zu der Kohlenkrise Stellung zu nehmen.

Bericht des Volksgenossens.

Die Einstellung der Wahlarbeiten. — Die freikommigen Sammlungen.

Der Volksgenosserrat nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zu dem Verbot der Erfassung der werktätigen Bevölkerung und dem Verbot der Reuewahl und des Reueaufbaues der Groß-Berliner Arbeiterräte. Beschlusst wurde, daß die Erfassung der Wahlberechtigten bereits vor Erlass des Verbotes abgeschlossen waren. Die weiteren Arbeiten werden durch das ergangene Verbot verhindert. Auch macht es Roste durch eine ständige Demoschung des Volksgenossens unmöglich, daß diese Arbeiten vom Volksgenosserrat erledigt werden. Der Volksgenosserrat hat alle die Wahl betreffenden Arbeiten eingestellt. Auf die weitere Erledigung dieser Wahlarbeiten durch die außerhalb des Volksgenossens stehenden Mitglieder der Zentral-Wahl-Kommission abie der Volksgenosserrat keinen Einfluß aus. Gegen die Tätigkeit dieser Mitglieder der Zentral-Wahl-Kommission ist auch kein Verbot erlassen worden.

Die Tätigkeit des Volksgenossens ist durch das brutale Vorgehen der Regierung hart beeinträchtigt worden, nachdem er gegen Gesetz und Recht aus einem Bureau entfernt wurde, muß er sich jetzt mit einem provisorischen Bureau in den Sophienkäfen begnügen. Die Beschaffung neuer geeigneter Büroräume ist durch die große Wohnungnot sehr schwer, es ist aber sehr gelungen, geeignete Büroräume zu finden, die am 1. Oktober d. J. bezogen werden. Dazu bedarf es dann einer vollständigen Umereinrichtung, sonstiger Weisungen usw. Bei der gewaltsamen Entfernung aus dem Hause, in den Zellen 23, ist dem Volksgenosserrat fast alles fortgenommen worden, selbst das Privatigentum der Mitglieder und Angestellten des Volksgenossens ging zum größten Teil verloren. Bei dem gegenwärtigen Rechtszustand unter der Regierung Ebert-Roste kann man nicht auf eine Respektierung des Eigentums einer revolutionären Körperlichkeit rechnen. Diese ist so gut wie vogelst. Aber die Berliner Arbeiterschaft wird nunmehr mit doppeltem Eifer für die Finanzierung des Volksgenossens sorgen durch Entnehmen von Beitragsmarken. Seit einigen Tagen wird gegen diese Beitragsleistung eine systematische Hege betrieben. Vürgerliche Blätter, einschließlich des „Vorwärts“, behaupten, die Bevölkerung würde durch die roten Beitragsmarken des Volksgenossens terrorisiert. Ja, man schreibt jetzt schon nach dem starken Mann Roste. Von einem Terror kann natürlich nicht gesprochen werden, denn Mensch wird gezwungen, zur Finanzierung des Volksgenossens beizutragen. Es ist ausdrücklich betont worden, daß die Beitragsleistung eine freiwillige ist. Der Volksgenosserrat würde es auch ablehnen, Beiträge von bürgerlichen oder rechtssozialistischen Gegenrevolutionären entgegenzunehmen. Die Hege gegen die Beitragsleistung wird jetzt entfaltet, um den Boden für die nächsten Gewaltakte Roste vorzubereiten.

Aus der Parteipresse.

Die letzten erschienenen Nr. 35 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitung „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Friedrich Raumann von Rud. Weischedel, Auch eine schwarze Liste von D. v. Verlaß, Der Aufbau des sozialistischen Staates von H. Dreyfuß, Sozialistische Geo-Politik von Otto Jensen, Programmentwurf der sozialistischen Sozialdemokratie.

Theater und Vergnügungen.

Volkstheater. Theater am Platz. 7 Uhr: „Der Kührigen“.

Deutsches Theater. Heute und morgen 8 Uhr: „Letzte 2 Auftritte“.

Kammerpiele. Heute und morgen 8 Uhr: „Letzte 2 Auftritte“.

Königsgräber Straße. 8 Uhr: Kammeraden. Sonntag 3 Uhr: Musik.

Komödienhaus. an der Marschallbrücke. Gastspiel Lactio Höllich.

Berliner Theater. 8 Uhr: Die Dame im Frack.

Triumph-Theater. 8 Uhr: Die Dame im Frack.

Residenz-Theater. Untergrund. Klosterstraße.

Deutsches Künstler-Theat. Montag, den 1. September 1919.

Kose-Theater. 7 Uhr: Sommernacht.

Waldhalla-Theater. Täglich: 7 Uhr.

National-Theater. 8 Uhr: Die Frau im Frack.

Familie Mannemann.

Berliner Prater

Kastanien-Allee 7-9. 1/8 Naptun's Bummelfahrt.

Casino-Theater. Lothringers-Str. 27. Tägl. 8 Uhr.

Großstadt-Pflanzen. Volksstück in 3 Akten.

Wintergarten. täglich 7 Uhr.

Sitte-Sänger. Neben Mitgl. der Berliner Sänger.

Vergnügungspalast. Groß-Berlin Hasenheide 13/15.

Ringer-Wettkamp. Vorher das Spezialitäten-Programm.

Der sensationelle Entscheidungskampf.

Grosser Ball. Del Regenwetter Schutz für 2000 Personen.

Berliner Theater.

Wahlspielaktion Walter Bromme. Abends 8 Uhr: Sonntag nachm. 3 Uhr:

Die Dame im Frack mit Pia v. Moosburg Richard Senius

Die tolle Komteß mit Hilde Boerner Emil Birron

Restaurant Falkenhorst b. Grünau. Sonnabend, den 30. August 1919.

Gr. Erntefest. Fackelzug, Feuerwerk, Tanz. J. Ziebarth.

Verein der Berliner Buch- und u. Schriftsteller.

General-Versammlung. Tagesordnung: Die Beschlüsse der Tarifkommission.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Abtuna! Damenmaß-Branche! Abtuna!

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Verein Berlin.

Achtung! Fabrikarbeiter und Hilfsarbeiter.

Achtung! Post- und Telegraphie Achtung!

Berlin-Möbel. in großer Auswahl und guter Ausführung auf Bar oder Kredit!

Spezial-Arzt für Haut-, Hals- und Frauen- und Kinderkrankheiten.

Möbel-Beiser. Lothringers-Strasse 67.

Neuerscheinungen

der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm Nr. 19.

Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten von Heinr. Ströbel

Die Münchener Tragödie Entstehung, Verlauf und Lehren der Räterepublik München Preis 1.25 Mark

Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen von Dr. Kurt Kerlow-Löwenstein Preis 3.- Mark

Haases Anklagerede in der Nationalversammlung in Weimar am 26. Juli 1919 Preis 0.50 Mark

Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution Beobachtungen u. Betrachtungen eines ehemaligen Feldsoldaten Preis 0.60 Mark

Der moralische Zusammenbruch der S.P.D. Preis 0.50 Mark

Bekanntmachung betreffend den Ersatz für einen verstorbenen Stadtoordneten.

Männerchor Liederfreund Paskow. Am Mittwoch, den 27. August, starb nach schwerem Leiden unser Sang-bruder

Erich Stöckel Ein tüchtiges Mitglied schied dadurch aus unserer Mitte, ein klassenbewußter Kämpfer für die Sache des Proletariats.

Fritz Lawin Am 27. d. Mts. starb nach langen und schweren Leiden, mein Mann, der Rabitzputzer

Ww. Emma Löwin selbst Kinder. Ruhe in Frieden! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes aus statt.

Die Leser in den Straßenzügen Landsberger Str. 64-120.

Spedition E. Lode, Markustra. 23 zu abonnieren.

Motorbootfahrt Berlin-Oranienburg (Lehnitzsee)

Kau-Tabak garantiert rein, hat wieder laufend abzugeben

Tschapke, Berlin O 112, Simon-Dach-Strasse 39, Alex. 152.

Zigaretten englische wie deutsche nur bekannte Marken

Metallankauf Kupfer, Messing, Zinn usw. Geld, Silber, Platina Metallschmelzwerk, Waldemarstr. 74.

Möbel Wir liefern Hauptl. Schlaf-, Speisenzimmer usw. Küchen mit Einzelmöbeln auf Teilzahlung

KUPFERDRÄHTE, Kabeln, Litzen, Wachs- und Dynamodräh.

Metall jeder Art, auch Almetall, für Auslandsbedarf, liegt zu Grosspreisen Kabeilvertriebswes.

Dynamodrähte, Kupferkabel, Installationsmaterial, elektr. Anlagen, auch Elektromotoren

100 Sofas prima Stoff, Filzsch und Gebelien auf Leinwand gearbeitet

M. 375,- an Ruhebetten gleicher Ausführung

M. 175,- an Nur solange Vorrat! Stoizmann, Belle-Alliance Str. 100

100 Elektromotoren Gleichstrom mit Drehstrom Ingenieurbüro au Schiffbauerdamm

Kaninchen - Deckentisch Tugendes Zöhen, auch in jungen, stand. große Anwesenheit, Kleintierzucht Eibinger Str. 10

Botenfrauen gesucht für Spedition

Neuköln, Neckarstr. 3, Organisiertes Genossenschaftswerden bevorzugt.

Großen E. 100 Kleinen Anzeigen in der „Freiheit“

Ballschmieders Varieté-Garten

Woiwenscer Sommer-Theater Pranzouer Promenade 5-9.

Täglich 12 Varieté-Nummern

Grosses Theater-Orchester Erläuterung der Gärten: Wochentags 3 1/2 Uhr

Start BAVARIA Friedrichstr. 100

Auto-Rennen

Heute 3 Uhr 10 Min. nachmittags.

Konditorei u. Café Hohenstaufen Kottbusor Damm 76, Inh. Otto Pollmann.

Gewerkschaftshaus

Den werten Vereinen und Verbänden stehen noch einige Sonn- und Festtage für die am 31. August beginnende Wintersaison unter zünftigen Bedingungen zur Verfügung. Der große Saal ist renoviert und mit neuen Lichteffekten ausgestattet.

Möbel-Gross

Große Frankfurter Str. 141

Spezial-Arzt für Haut-, Hals- und Frauen- und Kinderkrankheiten.

Möbel-Beiser Lothringers-Strasse 67

Spezial-Arzt für Haut-, Hals- und Frauen- und Kinderkrankheiten.

Möbel Wir liefern Hauptl. Schlaf-, Speisenzimmer usw. Küchen mit Einzelmöbeln auf Teilzahlung

KUPFERDRÄHTE, Kabeln, Litzen, Wachs- und Dynamodräh.

Metall jeder Art, auch Almetall, für Auslandsbedarf, liegt zu Grosspreisen Kabeilvertriebswes.

Dynamodrähte, Kupferkabel, Installationsmaterial, elektr. Anlagen, auch Elektromotoren

100 Elektromotoren Gleichstrom mit Drehstrom Ingenieurbüro au Schiffbauerdamm

Die Verschiebung der Vermögen.

Aus Bankkreisen wird uns geschrieben:
In der Presse wurde in den letzten Tagen eifrig die Rückgang des Wertes der Mark im Ausland diskutiert. Je nach der Richtung wird mehr oder weniger die Schuld auf die Erbsbergerischen Finanzreformpläne oder auf die innere politische Situation und die „wilden“ Streiks zurückgeführt. Es soll in diesen Zeilen nicht in diesen Streit eingegriffen oder das Mittel zur Stabilisierung weiterer Wertaufschwüngen gefunden werden. Sie sollen lediglich auf die Punkte hinweisen, durch die zur Sicherung unseres Marktes beigetragen werden kann, und durch die wir der Inflationsfrage, der Finanzierung unserer Lebensmittel- und Rohstoffkäufe, näher kommen.

Bereits in der Nr. 377 der „Freiheit“ ist auf die in Deutschland noch vorhandenen Auslandswerte, zumal die ausländischen Aktien, hingewiesen worden, ohne daß natürlich jedoch in dem angerogenen Sinne der Beschlagnahme etwas geschoben wäre. In erster Linie kommen hier die Aktien der Kanadischen Eisenbahngesellschaft in Betracht. Deren Kurs konnte in den letzten Tagen noch einem vorübergehenden Rückgang wieder anziehen, und zwar, wie in den Börsenberichten zu lesen stand, deswegen, weil in Amerika (die Aktien sind auf Namen gestellt) deutsche Aktien auf amerikanischen Besitz überschrieben worden sein sollen. Hieraus ergebe sich die Ausnutzung der Arbitrage — d. h. der Möglichkeit, die Aktien aus deutschem Besitz in Amerika zu verkaufen, und das bedeutet folgendes: Der Kurs dieser Aktien steht in Amerika zirka 150 Prozent, d. h. bei dem gegenwärtigen Stand des Dollars und bei den an dem deutschen Aktien noch haftenden Dividenden der Kriegsjahre, nach der Berliner Art der Kursnotierung zirka 300 Prozent. Es steht also zu erwarten, falls sich die oben skizzierte Meldung bewahrheitet, daß der Kurs hier von 100 Prozent in absehbarer Zeit annähernd auf die Parität von 500 Prozent steigen wird. Soll diesen Zwischengewinn, der natürlich auch wieder zur Vermehrung des deutschen Geldes beiträgt, wieder der deutsche Spekulant einstecken, oder gebe es nicht Möglichkeiten, diese Aktien im Reichsinteresse zu verwerten? Könnte diese Verwendungsmöglichkeit in Amerika, die jetzt der Bankier auszunutzen sucht, nicht durch eine Regierungsstelle auf legalem Wege beschafft werden?

Aber auch in bezug auf noch andere in Deutschland vorhandene Auslandswerte ist gesündigt worden. Es seien hier zunächst die Coupons der ausländischen Renten genannt, die selbst ja Anfang dieses Jahres beschlagnahmt worden sind. Da während des Krieges die ausländischen Zinsen nicht bezahlt worden sind, so waren — leider sind sie es nicht mehr — die Coupons von vier bis fünf Jahren vorhanden, und stellen so an Nominalwert etwa den fünften bis sechsten Teil der auf Milliarden geschätzten Auslandskonten dar. Da der Coupon aber eine fällige Verbindlichkeit darstellt, so ist der effektive Wert noch höher, da ja die Coupons im Zahlungszustand nicht den Kursschwankungen der Anleihen unterworfen sein können.

Diese Coupons nun hat man von der Beschlagnahme ausgenommen und ist deren Ausfuhr ins Ausland jedem Bankier gestattet. Gewiß ist ein großer Teil dieser Coupons zum Export, speziell dem Lebensmittelimport, zur Verfügung gestellt worden, ein sehr großer Prozentsatz aber konnte ohne Frage der Vermögenshinterziehung, indem die Betreffenden sich durch die Coupons ein Guthaben in ausländischer Währung beschaffen konnten, oder für alle Fälle hier im Inland hamsterten. Dies geht auch schon aus der Kursentwicklung, die die Coupons genommen haben, hervor. Während noch vor der Beschlagnahme der Auslandswerte die Coupons mit einem geringen Aufgeld und weit unter dem Wert der ausländischen Noten gehandelt wurden, liegen sie in ganz kurzer Zeit nach der Beschlagnahme der Aktien um etwa 10 Mark pro Pfund (englischer Währung) und sind seitdem ständig gestiegen, was nur zum geringeren Teil mit dem Verhältnis des Steigens des Pfundes übereinstimmt. So machten bei dem Bekanntwerden der Steuerpläne die Coupons wieder eine außerordentliche Aufwärtsbewegung, und ein auf diesem Gebiete besonders versierter Bankier kennzeichnete die Situation treffend mit den Worten „Deutschland auf der Kapitalkucht“. In jenen Tagen stiegen z. B. die Chinesencoupons innerhalb von drei Tagen von 50 auf 65 Mark (heute stehen sie 85 Mark), d. h. wer sich laufend Pfund dieser Coupons kaufte, verdiente in drei Tagen 15 000 Mark.

Auch hier fragt man sich wiederum, warum die Beschlagnahme dieser Werte nicht erfolgt ist. Gewiß wäre von diesen Renten ein noch größerer Teil dem Reiche nicht zur Verfügung gestellt worden, als es mit den Auslandseffekten geschehen ist. Jedenfalls wäre aber ein Teilerfolg, der der Wäge wert gewesen wäre, gesichert geblieben.

Sollte man sich vielleicht noch mit dem Gedanken der Beschlagnahme des päpstlichen Restes noch nicht verschobener Coupons befassen, so brauchte diese keineswegs auf Grund der dann willkürlich gestiegenen Tagespreise erfolgen, wie man es mit den Effekten getan hat. Es wäre durchaus gerechtfertigt, wenn z. B. der Signer eines japanischen Coupons nur das bekäme, was er vor dem Kriege bekam, nämlich 20,45 Mark für sein Pfund und nicht 105.— Mark, was ihm heute dafür gezahlt wird. Diese Höherbewertung ist ja ohne sein Zutun, lediglich durch die Entwertung der Mark, entstanden. Im übrigen würde man heute bei der Beschlagnahme auch nicht mehr den kleineren oder größeren Rentner, sondern die Banken und Bankiers treffen, die diese Coupons inzwischen mehr oder weniger spekulationshalber aufgekauft haben, und in der Zwischenzeit durch den Handel darin derartig ungeheure Gewinne aufgehäuft haben (die sie zum Teil selbst mit eventuell drohenden Zwangsmaßnahmen rechtfertigen), daß sie den Verlust durchaus tragen könnten. Es würde schließlich auch nur eine Verstärkung an der Quelle darstellen.

Schließlich gibt es zur Zeit, und zwar in weit größerem Umfang als je zuvor, eine dritte Art von Auslandswerten. Das sind dies die ausländischen Renten. Außerordentlich betragsreich von amerikanischen, englischen, französischen, belgischen, ungarischen und russischen Renten sind der Revolution von Schöberg aller Art nach Deutschland zu keinem anderen Zwecke eingeführt worden, als die

Nachfrage der hiesigen Kapitalsflüchtlinge zu befriedigen. Deshalb wäre ja auch die Maßnahme der Rentenabschmelzung gewiss gewesen, denn diejenigen, die dadurch hätten erspart werden sollen, hätten sich ihre deutschen Renten einfach in ausländische Renten oder Coupons gekauft. Jede Bank und jeder Bankier handelt heute trotz des bestehenden Verbotes diese Renten, die Zeitungen bringen ihre Kurse. Man begründet es mit den bestehenden Okkupationsverhältnissen. Soziale ist das Motiv des Rentenhandels nur in den aller-feltesten Fällen das Warengeschäft und so also diese Renten zum allergrößten Teil mit deutschem Gelde bezahlt werden müßten, so hat ihre Einfuhr wesentlich zum Kursturz der Mark im Ausland beigetragen.

Die Möglichkeiten, die Mark ins Ausland zu verkaufen, sind ja aber auch so einfach. Nur der geringste Teil wird, wie es im allgemeinen dargestellt wird, tatsächlich in Noten nach dem Ausland geschafft. Man braucht ja nur in Amsterdam oder sonst an irgendeinem Borsenplatz einen Scheck auf Deutschland zu verkaufen, der erst im Ausland auf das bestehende deutsche Guthaben bei irgendeiner Bank gezogen wird. Oder aber man überweist durch die Reichsbank oder eine andere Bank sein Guthaben ins linksrheinische besetzte Gebiet und läßt es von dort weiter expedieren und in Auslandswerte tauschen. Auf diesen Wegen sind gerade wieder in den letzten Tagen Millionen ins Ausland gewandert und haben nicht unwesentlich zu dem neuerlichen Kursturz der Mark beigetragen. Es kommt also die mühselige — und noch den bestehenden Bestimmungen eigentlich riskante — Verschickung der Originalnoten gar nicht in Betracht. Das dies eben erwähnte Risiko aber auch nicht so bedeutend sein kann, geht daraus hervor, daß sich mehr oder weniger einwandfreie Firmen mit der Verbringung der Werte jeglicher Art ins Ausland befassen und hierfür zur Zeit nur eine Prämie von zirka 6 Prozent beanspruchen, wobei sie dann für jeden aus einer eventuellen Beschlagnahme entstehenden Verlust aufkommen.

In dem oben Gesagten sind einige Wege der Vermögensverschiebung angedeutet worden, und zwar solche, die zwar auf dem Papier verboten sind, und solche, die, wie bei den Coupons (die hierdurch entstehenden Balancen müssen zwar nach den bestehenden Bestimmungen einer konfessionierten Devisenbank zur Verfügung gestellt werden), aber selbst nach den bestehenden Bestimmungen gestattet sind. Man soll sich keiner Täuschung hingeben, die restlose Erfassung der Schmuggler wird nie möglich sein, aber man sollte wenigstens versuchen, ihnen das Handwerk nach Möglichkeit zu erschweren. Die Wege dazwischen wäre in aller Offenheit verfehlt, und eventuelle Maßnahmen, natürlich wohlüberlegt, müßten von heute auf morgen ergriffen werden. Jedenfalls wäre hierbei zu berücksichtigen, daß auf Bankdirektoren und Bankiers kein unbedingter Verlaß ist, und die Mitwirkung der Bankbeamten wäre notwendig.

Herr Erbsberger hat neulich in der Nationalversammlung von einer Postkarte gesprochen, auf der auf einen Schieber in Zürich aufmerksam gemacht wurde, und auf der außerdem die Frage stand: Drulus, schläfst Du? Man möchte fast meinen, die betreffenden Stellen schlafen nicht, sondern sind narcoleptisch. Sino von irgendwelchen Interessenten?

In eigener Schlinge gefangen.

Herr Franz Reimnitz, ein rechtssozialistischer Reiche, ehemaliger Angestellter des Zollzugsrates, glaubte in der Nummer 49 des „Vorwärts“ unter der Überschrift: „Richard Müller a. Co., — ein Beitrag zur Psychologie moderner Volkseglücker“ mit der höchstbemerkenswerten Einleitung: „deshalb herunter mit der Maske von den ersten Diktatoren großer Männer, welche ein gerütteltes Maß von Schulo an der vergeisterten Atmosphäre unserer Tage haben“ mich „zur Strecke“ zu bringen. Ich habe dem kausalen Herrn in der Nummer 410 der „Freiheit“ eine Antwort gegeben. Meine Antwort war so gehalten, daß Reimnitz antworten mußte, um sich selbst zu entlarven. Das ist geschehen. Die Nummer 421 der „Freiheit“ bringt eine Umschrift des Herrn Reimnitz, die der Wahrheit entspricht. Der Herr entlarbt sich aber selbst damit als ein gewissenloser Verleumder und zeigt, gegen wen sich sein Beitrag zur „Psychologie moderner Volkseglücker“ in Wahrheit richtet. Auch im „Vorwärts“ stellt dieser Herr unter allerlei Beschimpfung die Wahrheit fest und versucht dabei, seine Verleumdungen ausrecht zu erhalten. Es ist unglücklich, wie geistig tief dieser Herr und mit ihm der „Vorwärts“ die Leser einschätzt.

Seit Ausbruch der Revolution bin ich unzählige Male in der gemeinsten Weise beschimpft worden. Ich habe es ruhig über mich ergehen lassen. Auch gegen die Verleumdungen eines Reimnitz würde ich mich nicht gewehrt haben, wenn es sich dabei nicht um einen besonders böswärtigen Fall handelte. Fast alle bürgerlichen Zeitungen, von der „Deutschen Tageszeitung“ bis zum „Berliner Tageblatt“ haben den fetten Hapen ausgegriffen und werblich über den schroffen „Unternehmerkonkurrenzpunkt“ des „Reichsmüller“ gegenüber den Angestellten des Zollzugsrates geschliffen. Besonders das „Berliner Tageblatt“ betätigte sich dabei als ein gefährliches Exemplar. Ich glaube ja nicht, daß diese Zeitungen so viel journalistischen Anstand besitzen und namentlich der Wahrheit die Ehre geben. Der „Vorwärts“ brachte wohl die Anschuldigungen Reimnitzs, erg aber über meine Feststellungen mit Stillschweigen hinweg. Von einem solchen Blatte kann man ja auch nichts anderes erwarten.

Doch mich diese Stenden Verleumdungen empören müßten, wird jeder begreifen, der weiß, daß ich jahrzehntlang für die Rechte der Angestellten und Arbeiter gekämpft und daß ich als Vorsitzender des Zollzugsrates alle Angestellten, gleich viel welcher Partei sie angehörten, stets in der vorwurfslossten und höchstschärfsten Weise behandelt und als meine Mitarbeiter betrachtet habe. Es liegt mir fern, mich mit dem „Berliner Tageblatt“ auseinanderzusetzen über die Frage, ob zwischen den Angestellten eines kapitalistischen Betriebes und den Angestellten einer revolutionären Arbeiterpartei ein Unterschied besteht. Eine revolutionäre Arbeiterpartei, deren Mitglieder einer sorgfältigen politischen Lebenserziehung unterworfen sind, die fast täglich den Ruf der Antimilitaristen erdulden müssen, kann nicht den ersten besten von der Straße nehmen und als Angestellten beschäftigen. Eine solche Arbeiterpartei zu vergleichen mit einem Betrieb wie die „Post“ oder „Eisenbahn“, wie es das „Berliner Tageblatt“ getan hat, dürfte wohl nur auf die große Höhe der letzten Tage zurückzuführen sein.

Was hatte Reimnitz in dem eingangs erwähnten Artikel behauptet? ... mit außergewöhnlicher Schärfe wandte sich Richard Müller gegen die Forderungen der Angestellten.“ Und weiter führte er aus, daß ich den Angestellten kein Mitbestimmungsrecht gewähren wollte. Davon knüpfte Reimnitz allerlei Ausführungen über Kriegsjahre, Paradoxomanie usw. und empfahl diesen Verbrechern und verruchten Weibern Arg und Sanatorium. Damit meint er mich!

Auf meine Abwehr in Nr. 421 der „Freiheit“ antwortete derselbe Herr Reimnitz und stellte unter anderem folgendes fest: „Bei Aufstellung der Forderungen habe ich (Reimnitz) mich gegen sämtliche Forderungen, und zwar im Sinne Richard Müllers gewandt...“ Den Verhandlungen des Ausschusses mit dem Zollzugsrat habe ich als Nummer Teilnehmer beigewohnt, weil ich (Reimnitz) die Forderungen nicht verantworten konnte... Bei der Berichterstattung in der Angestelltenversammlung habe ich Richard Müllers Stellungnahme gegenüber den neuen Blumenthal und Def verteidigt.“

Wohl selten ist es gelungen, einen gewissenlosen Verleumder sich selbst so entlarven zu lassen, wie es hier geschehen ist. Dieser Mensch hat meine Haltung geküßelt, hat mich gegen andere verächtlich und kommt nun her und benutzt die von ihm selbst geküßelte Haltung um mich zu verleumden. Hier liegt keine Kriegsjahre, auch keine Paradoxomanie vor, wir haben es hier mit einer Kampfmethodik des gelben Zollzugsrats, wie der ganzen rechtssozialistischen Partei zu tun, die sich selbst als „Ordnungspartei“ bezeichnet, gegen Diktatur streit und dabei nach ihrem eigenen Eingeständnis ihre korrupte, unfähige Regierungsherrschaft mit „schwarz geschliffenen Bajonetten“ umsäumt hat. Das deutsche Volk muß zugrunde gehen, wenn es sich die Herrschaft einer solchen Partei gefallen läßt.

RICH. REIMNITZ.

Gewerkschaftliches.

Zur Tarifbewegung der Angestellten in der Metallindustrie.

Seit 10 Monaten verhandeln die Berliner Metallindustriellen mit der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände über den Abschluß eines Tarifvertrages für die Angestellten der Berliner Metallindustrie. Neben die Schwierigkeiten der Verhandlungen kann sich nur derjenige ein Bild machen, der die weitverbreiteten Fabrikations- und Handelsgebiete der Berliner Metallindustrie in ihrer ganzen Vielfalt kennt.

In der ersten September-Woche soll nunmehr dieser Streit der Verhandlungen durch eine gemeinsame Reaktionskommission festgelegt und dann den beiderseitig beteiligten Organisationen zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Alle irgendwie belangtwordenen, als aus dem Verträge kommenden bezeichneten Mitteilungen und Zahlen sind selbstverständlich grobe Annäherungen, die meistens den Zweck verfolgen, die bisherigen Verhandlungen zu fördern. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur der demnach in End ersehene Vorschlag der beiderseitigen Tarifkommissionen als maßgebend zu betrachten ist.

Für alle Angestellten wird der Tarif von der Wfo, Ortssekretariat, herausgegeben.

Generalversammlung der Buchbinder.

In der am Freitag nachmittags im Deutschen Hof, Rudow, Stadt, stattgehabene Generalversammlung der Buchbinder erzielte der Vorsitzende Kasper den Bericht über das 2. Quartal 1919. Die Mitgliederzahl hat seit der Revolution einen erheblichen Anstieg genommen, so daß heute ein Mitgliederstand von 13 147 zu verzeichnen ist gegenüber 5265 am 1. Oktober 1918. In der Diskussion wurde besonders die Finanzwirtschaft der neuen Verwaltung angegriffen und behauptet, daß der letzte Streik in der Notnagelbranche hätte verhindert werden können und daß nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft worden seien. Dem wurde von anderer Seite widersprochen. Kasper widerlegte die Behauptungen der Diskussionsteilnehmer und erklärte, daß durch den Streik den Unternehmern in der Notnagelbranche eine höhere Achtung vor den ungelernien Arbeitern und Arbeiterinnen beigebracht worden seien. Ein anderer Vertreter der neuen Verwaltung verteidigte dieselbe und sagte, daß sie nicht das Interesse der Bekleidungsindustrie, sondern das der Mitglieder im Auge habe. Ebenso traten mehrere Diskussionsteilnehmer den Angriffen auf die Verwaltung scharf entgegen. Ein Antrag, den 300 Kollegen aus Kollonnen der Album-, Mappen- und Holzschnittarbeiter, die in Folge der Lohnbewegung in einen vierwöchigen Streik verwickelt waren, zur Streikunterbrechung eine einmalige Meistunterstützung zu gewähren, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es wurde dann die Wahl der Arbeitnehmerbeiräte zum Arbeitsnachweiskaratorium vorgenommen. Das Resultat war bei Schluß der Versammlung noch nicht bekannt. Der dritte Punkt der Tagesordnung, Berichterstattung vom Verbandstag, wurde verliert.

Die in den Warenhäusern Groß-Berlins beschäftigten gewerkschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten unter bestrittenen Lohn- und Arbeitsverhältnissen, daß von einer Forderung der in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen die Kündigung der bestehenden Verträge beschlossen wurde. (An dieser Bewegung sind fast sämtliche freie Arbeiterorganisationen beteiligt.) Da es die Arbeiterchaft mit einem sehr kapitalistischen Unternehmertum zu tun hat, muß für alle Fälle gerüstet werden. Diese Kündigung ist inzwischen erfolgt und soll am Montag, abends 7 1/2 Uhr, im Königsplatz-Rasthof, Holzmarktstr. 72, eine Aussprache der Vertrauensleute aller Betriebe stattfinden.

Die Arbeiter der Berliner städtischen Elektrizitätswerte von sämtlichen Stationen nahmen am Donnerstag Stellung zu dem Vorgehen der Regierung gegen den Zollzugsrat. Die sehr stark besuchte Versammlung gab ihre Entrüstung über dieses Vorgehen in scharfen Worten kund. Es wurde ein Artikel aus dem „Berliner Tageblatt“ verlesen, betitelt „Die Wächter der revolutionären Elektrizitätswerte“ und festgestellt, daß der Bericht nicht wahrheitsgetreu wiedergegeben ist. Es wurde betont, daß der Zusammenhang der in dem Artikel genannten Werke mit den Betriebsräten Betriebsräten nicht erfolgt sei, um politische Zwecke zu machen, sondern um die Arbeiterchaft auf dem Boden der wirtschaftlichen Macht zu verringern. Allerdings ist die Arbeiterchaft gewillt, bei einem ihr aufgebundenen Kampf ihre Macht zeitlos zu gebrauchen. Die Versammlung erklärte sich hiermit vollkommen einverstanden. Nach Erledigung einiger Vertriebsangelegenheiten wurde, wenn vier Stunden eine Resolution an

Die Sitzung des Vollzugsrates Groß-Berlin ist die größte Provokation von Seiten der kapitalistischen, imperialistischen Regierung bezeichnet. Es wird darin weiter betont, daß die Arbeiter sich nicht provozieren lassen wollen, aber für ganzes Können und ihre ganze Kraft für den Aufbau des rein wirtschaftlichen Räte systems einsetzen werden.

Der Streik bei den Rüstlichen Oel- und Farbwerken, Wittenau, Rosenhaller Weg, dauert unverändert fort. Die Firma versucht mit allen Mitteln, Streikbrecher anzuwerben. Zugunsten ist streng fernzuhalten! Verband der Fabrikarbeiter, Ostberwalder Weg, Groß-Berlin.

Reichsgerichtsverhandlungen mit den Rechtsanwälten fanden am 2. August vor dem Reichsgericht in Berlin statt. Dabei erklärten die Vertreter des Deutschen Anwaltvereins, daß erst der Anwaltsrat am 13. September grundsätzlich zu dieser Frage Stellung nehmen könne. Die Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten hielten grundsätzlich an ihrer Forderung nach dem Reichsgericht fest und behielten sich über weitere Stellungnahme bis nach der erfolgten Beschlußnahme des Anwaltsrates vor.

Die Branchensammlung der Gravure und Ziselkunst, die Donnerstagabend im Märkischen Hof tagte, nahm den Bericht der Delegation über die am 17. August in Berlin abgehaltene Vorlesung entgegen. In dem vorgelegten Reichstaxentwurf wurden die Lohnsätze als zu niedrig für Großstädte bezeichnet und gleichzeitig gefordert, daß die Gravure und Ziselkunst in dem jetzt mit den Berliner Metallindustriellen abgeschlossenen Lohnabkommen unbedingt unter Lohngruppe I rangieren müßten. Die entgeltliche Stellungnahme zum Reichstaxentwurf und die Wahl der Delegierten zu der im Herbst stattfindenden Reichskonferenz soll in einer baldigen neuen Branchensammlung erfolgen. — Bei der Neuwahl des Branchenleiters kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Versammlungsmehrheit und dem bisherigen Branchenleiter Thuroso, indem die bisher verhaltenen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über wirtschaftspolitische Fragen zur Entladung kamen. Thuroso versuchte, sich die Mitgliedschaft aufzueisen und sich teilweise selbst zu belohnen, mißlang. Obwohl er in seinem Schlusswort die bösen Unabwägungen in unsäuerlicher Weise angriff, ließ sich die Versammlung nicht provozieren und wählte mit großer Mehrheit den Kollegen Dörfle zum Branchenleiter. Infolge der vorgerückten Zeit mußte die Neuwahl der Branchenkommission und der Rest der Tagesordnung bis zur nächsten Branchensammlung vertagt werden.

Eine Versammlung der Innungsmitglieder, zu der auch die Lehrlinge recht zahlreich erschienen waren, nahm einen Vortrag des Kollegen Wilhelm Dentschel über das Gewerbegericht entgegen. In der Diskussion wandten sich die Redner mit warmen Worten an die jungen Lehrlinge. Sie sollen sich in Zukunft wacker und stolz an die Älteren Kollegen wenden, um dadurch gemeinsam die vielen Mängel, z. B. Verlängerung der Arbeitszeit, Verdrängung der häuslichen Arbeiten usw. abzuschaffen. Große Erregung entstand in der Versammlung, als bekannt wurde, daß der Obermeister verboten hatte, die Lehrlinge in die Versammlung zu schicken. Die Versammlung erklärte dieses Verbot als Überhebung über die freie Zeit des Lehrlings habe weder der Meister noch der Obermeister zu verfügen. Es wurde gewünscht, daß in Zukunft stets die Lehrlinge hinzugezogen würden, um diese zu beschützen. — Der Entwurf über die paritätische Verwaltung des Arbeiternachweises in der Rüstindustrie wurde angenommen; dazu wurden noch eine Verwaltungskommission und drei Arbeitsvermittler gewählt.

Die Hilfsarbeiter der Buch- und Steindruckereien in Düsseldorf sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Groß-Berlin.

Mahnahmen zur Wohnungsnot.

Eine neue Wendung auf dem Gebiete des Wohnungswesens bringt eine Anordnung für den Bezirk der Stadt Berlin, die befaßt: Jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohnräume, Läden und Werkstätten ist dem Magistrat in Berlin — Wohnungsamt, Oranienburger Str. 16 — vom Vermieter binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages anzuzeigen.

In der Anzeige ist der Name des Mieters, die Lage der Wohnung, der zuletzt entrichtete und der neue Mietzins anzugeben.

Übersteigt der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für Wohnräume, Läden oder Werkstätten der gemieteten Art und Ausstattung unter Berücksichtigung der Nebenleistungen des Vermieters üblich und angemessen ist, so kann sowohl der Magistrat (Wohnungsamt) innerhalb einer Woche nach Eingang der Anzeige, als auch der Mieter bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages bei dem Einigungsamt beantragen, daß der Mietzins auf die angemessene Höhe herabgesetzt wird; etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teil des Mietzinses, ebenso eine für den Nachweis der Mieträume gezahlte Belohnung, soweit sie dem Vermieter unmittelbar oder mittelbar zufließt.

Aus einem Mietvertrage, der dem Magistrat (Wohnungsamt) nicht angezeigt ist, können von dem Vermieter keine Ansprüche geltend gemacht werden. Der Vertrag wird auch in Ansehung der Ansprüche des Vermieters wirksam, wenn weder der Magistrat (Wohnungsamt), noch der Mieter innerhalb der Frist (Abjah 2) eine Herabsetzung des vereinbarten Mietzins beantragt, wenn die Anträge auf Herabsetzung zurückgezogen werden, oder wenn das Einigungsamt über die Anträge entscheidet.

Der vorläufig dieser Anordnung zuwider eine ihm obliegende Anzeige nicht rechtzeitig erstattet oder wissenschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

Die Straßenbahn wird teurer.

Der 20-Pfennigtarif.

Das Verkehrsministerium hat vor, daß bestimmte Tarife von den Verkehrsgesellschaften weiter auf das Publikum abgedrückt werden können. Die Verkürzung des elektrischen Stromes erfordert im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn allein eine Mehrausgabe von 10 1/2 Millionen Mark. Da seinerzeit der Gewerband nicht ohne weiteres seine Zustimmung zu der Abwälzung erteilte, ließ die Direktion der Großen Berliner das vorgesehene Schlichtergesetz an, das gestern dabei erlosch, die entstehenden Mehrkosten sich ohne weiteres abzuhängen. Diese Abwälzung kommt im Tarif zum Ausdruck, ohne daß dazu besondere Beschüsse der Gewerbandsbehörden notwendig werden. Die Erhöhung des Tarifs tritt automatisch ein und tritt sofort in Kraft.

Der neue Tarif ist folgender:

Fahrtpreis für eine einzelne, ununterbrochene Fahrt auf jeder Linie 20 Pf. Die früheren 10-Pf.-Fahrtstheine werden wegen der Papiersteigerung aufgebraucht und als 20-Pf.-Fahrtstheine ausgeben. Die Doppelfahrtstheine zu 35 Pf. und die Sammelfahrtstheine für 8 Fahrten zu 1,40 M. kommen in Wegfall. Bis am 20. und 21. August ausgegebenen Doppelfahrtstheine be-

halten jedoch ohne Nachzahlung zur zweiten Fahrt noch am 1. September. Die noch im Verkehr befindlichen Sammelfahrtstheine für 8 Fahrten berechnen ohne Nachzahlung zur Benutzung innerhalb ihrer Gültigkeitsdauer. Für Hunde und gebührenpflichtiges Gepäck wird Fahrpreis wie für eine Person erhoben.

Arbeiterwochenarten vom 1. September ab: für 6 Wochenfahrten 1 M., für 12 Wochenfahrten 2 M. Monatskarten vom Oktober d. J. ab: für eine Linie 15,00 M., für zwei Linien 20 M., für drei Linien 25 M., für vier Linien 32 M., für sämtliche Linien 40 M. Schülerkarten 5,50 M. — Die Fahrpreise im Anschlußbetriebe mit der Spandauer Straßenbahn (Linie N. P. R. und Linie 5 der Spandauer Straßenbahn) bleiben unverändert.

Die materielle Lage des Unternehmens ist ungünstig. Die letzten Vorlesungen haben große Mindererinnahmen gebracht, denen erhebliche Mehrausgaben gegenüberstehen.

Der neue 20-Pf.-Tarif wird von dem Fahrpersonal insofern begrüßt werden, als der Doppelfahrtstheine und die Achterkarte fortfallen und nur noch ein Fahrstheine übrig bleibt. Weniger erfaßt wird das fahrende Publikum von dem neuen Tarif sein, der nach den Angaben der Direktionen kaum die Ausgaben deckt und es ist fraglich, ob das Unternehmen balanciert.

Der Polizeiwirt in Berlin.

Neuerdings wird selbst den rechtschickenden Elementen des Bürgerturns etwas schmal zumute, wenn sie die Umformung des Berliner Polizeiwesens betrachten. Zwar kommen für sie weniger die prinzipiellen Bedenken in Betracht, sondern sie berechnen die hohen Kosten für diese neue Polizei und den Einfluß auf den Geldbeutel der Steuerzahler. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ behauptet sogar, daß trotz des ungeheuren Personalaufwandes und der Millionenmehrbelastung des Polizeietats im Punkt öffentlicher Sicherheit so gut wie nichts geleistet worden ist.

Kann, wenn es sich um Leistungen im wirklich polizeitechnischen Sinne handelt, d. h. um Unterstützung des Publikums im öffentlichen Verkehr und Bekämpfung des Verbrechens, dann wird der „Lokal-Anzeiger“ lange darauf warten können. In diesen Leistungen ist die neue Polizei nach Ansicht aller unbefangenen Beobachter gar nicht imstande. Diese Aufgabe wird der neuen Polizei nach den Absichten ihrer Gründer auch gar nicht zugewiesen. Es soll vor allem eine Schutzgarde des Kapitals sein, eine zuverlässige Wache in der Hand der Gegenrevolution. Daneben soll es eine Versorgungsanstalt werden für Offiziere, die infolge des Friedensvertrages aus dem allen Heere ausgeschieden haben.

Der „Lokal-Anzeiger“ behauptet sogar, daß bei der Stärke der Berliner Polizeitruppe persönliche Rücksichten eine gewisse Rolle gespielt haben. Ursprünglich sollte Berlin nur 3000 Mann haben, während es jetzt 12 000 Mann mit einem ungleich großen Stab bekommen soll. Wir können uns denken, daß die Herren Offiziere des Berliner Leibes einem absonderlichen Dasein in einem Provinznest vorziehen. Ob die Berliner Bevölkerung die ungeheuer hohen Kosten zu tragen vermag, danach wird ja nicht gestraft.

Jetzt findet sogar der „Berliner Lokal-Anzeiger“ den Mut, zu erklären, daß bei der Wichtigkeit der Frage vorher erst die preußische Landesversammlung befragt werden muß unter Berücksichtigung der Wünsche der Berliner Rüstlichen Körperschaften und der Bevölkerung. Wir haben dieses Verlangen sofort bei dem Ministerium des Innern ausgearbeitet worden ist, über die Köpfe aller dieser Faktoren hinweg zur Durchführung gebracht werden soll. Unsere Meinung von dem derzeitigen Polizeiminister Wolfgang Meinel ist nicht so hoch, daß wir ihn für fähig hielten, sich dem zu widersetzen. Die Reaktionen haben in ihm einen Mann von großem Verständnis für ihre Wünsche.

Das Mehl im Osthafen.

Die Anhäufung großer Mehlmengen im Osthafen haben zur Folge gehabt, daß Zehntausende von Zentnern vollständig verdorben sind. In einer Versammlung der Magistratsabteilung berichtete der Obmann für Brotversorgung über diese Angelegenheit. 90 000 Zentner Mehl seien vollständig verfallen. Die feststen lagern teils in Waggons oder Kähnen und teils im Freien, trotzdem die Speicher des Magistrats so voll sind, daß eine Maus darin verkümmern kann. Das Mehl ist grün und hart wie Gips, so daß es nicht einmal aus den Säcken herauszubekommen ist. Dieselben müssen aufgeschnitten werden und wird das Mehl mit Holzschämmern gereinigt, um es wieder verwendbar zu machen. Eine Resolution verlangte, daß die Schuldigen entlassen, mit ihrem Privatvermögen dafür haften sollen und Strafanzeige gemacht wird.

Weitere Verhältnisse des Massenmörders Schumann.

Kun hat sich der Massenmörder Schumann auch dazu bequemt, die Ermordung des Braunparvos Richter-Diederichmann einzugehen. Gestern vormittag leugnete er noch trotz des schweren Belastungsmaterials. Gestern gab er mit den Worten: „No, wenn es soweit ist“, auch zu, daß junge Mädchen erschossen zu haben. Er glaubte nur, auch nicht mehr leugnen zu können, daß er die Räuberhöhle nicht leerte und gestand auch ein, sich in dieser aufgehoben zu haben.

Die Burtaräume des Vollzugsrats befinden sich jetzt in den Sophienhäusern, Sophienstr. 18. Telefon: Ami Norden 9206. Sprechstunden von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr.

Die Untersuchung gegen den Neuköllner Magistrat wegen angeblicher Verhältnisse gegen die Verordnungen betr. den Verkehr mit Lebensmitteln sind noch im Gange. Der Arbeiterrat in Neukölln glaubt aber, jetzt schon einen Teil dieser Untersuchungsergebnisse mitteilen zu müssen und schreibt uns u. a.: „Es ist bei der Untersuchung, an welcher unsere Mitglieder mitgewirkt haben, festgestellt worden, daß der Magistrat Neukölln oder dessen Beauftragte enorme Mengen Lebensmittel verkauft haben. Wir erinnern nur an folgendes: Am Mittwoch, den 20. d. M., hat die Bevölkerung kein Fleisch erhalten. Der Magistrat aber hat der Firma Schmidt Söhne 1000 Wägen Rindfleisch, im eigenen Saft, und ebenso der Gemeinde Neu-Zittau einen hohen Rindfleisch, im eigenen Saft, verkauft. Als Provision hat der Magistrat allein die Kleinigkeit von 75 000 M. an einen Vermittler bei Verabreichungen von Lebensmitteln ausgezahlt. Dies zur Aufklärung, wie eifrig unsere Stadtväter auf das Wohl der Neuköllner Bevölkerung bedacht sind und auch die „nosleidenden“ Firmen nicht vergessen.“ Es wird dann ferner mitgeteilt, daß Schiedungen mit Käse, Butter, Petroleum usw. vorgenommen seien, und daß erst am Donnerstag wieder 170 Risten Fettseife beschlagnahmt worden sind. — Nach Erkundigungen, die wir eingezogen haben, weiß der Magistrat von allen den hier angeführten Dingen nichts. Es wird uns mitgeteilt, daß der Magistrat, als er von einer schwebenden Untersuchung erfuhr, den Vorschlag gemacht habe, eine aus Magistratsmitgliedern, Stadterordneten und Arbeiterratsmitgliedern zusammengesetzte Kommission mit der Untersuchung zu beauftragen. Das hatte der Arbeiterrat aber

abgelehnt, so daß sich nunmehr die Staatsanwaltschaft mit der Sache befaßt.

Bei der geschwundenen Durchführung im Vollzugsrat sind auch eine Anzahl unbeantworteter Briefe aus dem Reich von Rüstler Beauftragten mitgenommen worden.

Wir eruchen alle Genossen, die sich wegen Abhaltung von Versammlungen an und gewandt haben und bis heute noch kein Antwort sind, diese Schritte zu wiederholen! Der Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins, Berlin, Sophienhäuser, Sophienstraße 18.

Die Kampfesweise der Rüstsozialisten betätigt sich vornehmlich auf persönlichen Gebiete. Gestern bekommt es den Reinleucht in seiner Polemik gegen den Genossen Richard Müller vom Vollzugsrat fertig, den Grafen Blumenthal im „Vorwärts“ zu beschuldigen. Blumenthal habe sich dadurch zu bereichern versucht, indem er an Sonn- und Feiertagen nach dem Bureau gegangen und seinen Namen in die Liste eingetragen habe. Derr Reinleucht wird Gelegenheit erhalten, vor der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes die Beweise für seinen Anwurf zu erbringen. Man sieht, was für Geistesgegenstände die Rüstsozialisten sind. Phui Teufel!

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund veranstaltet am Sonntag, den 21. August, im ganzen Reich eine Bundeswertungs-Turne. Nebenall, wo Arbeiter-Turner und Sportler organisiert sind, werden sie in großzügigen Ausdehnungen den Gedanken in die praktische Tat umsetzen. In Berlin wird der in Arbeiterräten bestens bekannte Turnverein „Richte“ auf den höchsten Sportschulen in der Schönhauser Allee sein Teil zum Gelingen des Ganzen beitragen. Rüstsozialisten, die den Wert der Arbeiterräte, die den Rüstler, ein vollständig-turnerischer Dreikampf, Sonderwettkämpfe, Wettspiele u. a. werden den Besuchern ein abwechslungsreiches Bild bieten. Beginn nachmittags 3 Uhr, der Eintritt ist frei.

Vermiit wird seit Freitag, den 22. d. Mts. der 16-jährige Arbeiterburche Georg Fiedler, der in der Buchdruckerei Allstein als Radfahrer tätig war. Die besorgten Eltern bitten, Nachrichten über den Verbleib des Vermissten an P. Meißner, Berlin NW. 87, Neußelstr. 60, Quergeb. 4 Et., gelangen zu lassen. Der junge Mann ist etwa 160 Zentimeter groß, Haare blond, Augen blau, Mund und Nase gewöhnlich. Besonders Kennzeichen: vorn im Mund einige Doppelhaken, auffallend freies Gesicht. Bekleidet war er mit dunkler Hose, wilder-gamaschen, Militärstiefeln, dunklem Jacket, Schilberhosen, dunkelgrünem, weiches Hut.

Schwerer Straßenschlag. Gestern nachmittags um 1/2 10 Uhr wurde Schwedens-Edle Christianstraße ein Knabe von 14 Jahren von einem Straßenbahnwagen der Linie 88 e überfahren und sofort getötet.

Zwischen den Buffern totgequetscht wurde gestern nachmittags der 18 Jahre alte Rangierer Hans Ahland aus der Bahnh. 48. Der junge Mann geriet auf dem Bahnhof in der Warschauer Straße beim Verlassen von Eisenbahnwagen zwischen zwei Buffern, die ihm die Brust so eindrückten, daß er schon auf dem Wege nach der Süllwache in der Warschauer Straße verstarb. Zeugen gesucht, welche gesehen haben, wie am 6. März d. J. zwischen 12 und 3 Uhr mittags am Rosenhaller Tor ein Hund weibel erschossen wurde. Im Interesse eines unschuldigen Angeklagten bitten wir, die Zeugen sich zu melden bei Familie Schwarz, Berlin, Weinbergsweg 4.

Für den Erholungskursus gesundheitslich gefährdeter Kinder sind von dem Gemeindevorstand des Bezirks 300 000 M. bewilligt worden. Dieser Betrag reicht indes nicht aus, weshalb der Magistrat weitere Mittel für die Spielplätze usw. zur Verfügung gestellt hat.

Lebensmittelkalender.

Berlin, für die am 1. September d. J. beginnende Fleischwarenperiode können die Fleischhändler in Berlin in der Zeit vom 1. bis 3. September 1919 bei den zuständigen Brothammissionen gegen die Ausgabe auf Grauen oder Teilwaren in doppelter Höhe der Fleischration umgesehen werden. Für jede Fleischration wird gegen zwei Bezugsscheine auf höchstens je 200 Gr., für jede Rinderfleischration zwei Bezugsscheine auf je 125 Gr. dieser Ration auszugeben. Der Bezug der Ware erfolgt wie bisher aus den bekannten besonders kenntlich gemachten Behältern.

Niederstufwaren. Die Wochenmenge an Fett beträgt 40 Gr. Butter 200 Gr. Margarine. Auf Abschnitt 2 der Lebensmittelkarte des Kreises Niederbarnim entfallen 300 Gr. Gruppen u. 1/2 Pfd. Reis. Auf Abschnitt 50 der Lebensmittelkarte für Kinder bis zu 1 Jahren 1/2 Pfd. Gerstemehl u. 2 Pakete Reis. Auf Abschnitt 20 der Rationenscheinkarte 1/2 Pfd. Heferschloden und 1/2 Pfd. Wurstwaren. Auf Nr. 161 der Lebensmittelkarte können ab Sonntag noch 3 Pfd. Kartoffeln entnommen werden. Auf der Karte alles gegen Voranmeldung bei den Händlern bis Montag abend.

Stücken. Am Sonntag, von nachm. 3 Uhr ab, Feldermarkt auf Abschnitt 3 der Karte in sämtlichen Geschäftsstellen. Näheres siehe Aushang.

Romane. Auf Abschnitt 70 der Karte und auf den Abschnitt der Zuckerwaren, gültig für den Monat September, Ausgabe von 275 Gr. Zucker. Außerdem noch 300 Gr. Gemüsesüßholz. Die Kartennachhaber haben heute, Sonntag, den 30. August, den Kartenabschnitt Nr. 70 und den der Zuckerwarenkarte bei dem Kartenhändler abzugeben, in dessen Nummernverzeichnis sie eingetragen sind. Bei verspäteten Anmeldungen müssen unterdrückt bleiben. — Es Kranke, sowie ihren Milch vorordnet ist, sowie an werdende und stillende Mütter erfolgt die einmalige Ausgabe von 1 Pfd. Heferschloden. Bezugsscheine sind in der Kartenausgabe am Dienstag von 8 bis 1 Uhr vorm. in Empfang zu nehmen. Als Ausweis sind vorgelegen bei Kranken der Bewilligungsscheine, bei werdenden und stillenden Müttern der blaue Milch- bzw. Säuglingsausweis.

Aus den Organisationen.

Referentenkursus heute, Sonntag, 6 Uhr, Bildungshaus, Schillerstraße 5.

Neukölln. Sonntag, den 30. August, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Funktionärtsitzung im Ideal-Kasino, Weichselstr. 8. Es scheinen aller Funktionäre unbedingt erforderlich.

Schiffahrt. 11. Abl. Sonntag, den 31. August, Familienausflug nach Dörfle. Station Hohen-Neuenhof. Treffpunkt Steinhilber Bahnhof 7 1/2 Uhr. Die Abteilungsleitung.

District Niederbarnim Nord. Am Sonntag, den 31. August 1919, vormittags 10 Uhr findet in Pankow, Restaurant Reichsheim, Zeitungsbesprechung, ein Distriktskongress statt. Auf 100 Mitglieder ist ein Delegierter, auf jedes weitere Hundert ein Delegierter mehr. Jeder Ort muß vertreten sein.

Vereinskalender.

Wahlung Betriebe von Mariendorf, Mariensfeld, Penzance, 2. September 1919 im Lokal von Eschert, Bahnhof Mariendorf, 8 Uhr. Vertrauensmännerversammlung am Montag, den 1. September, nachm. 3 1/2 Uhr, ebenda.

Reichsbund der Jüdinnen usw., Ortsgruppe Groß-Berlin. Große öffentliche Versammlungen aller Umf. Arbeit., Eltern- u. Armenrentenbesitzer am Montag, den 1. Sept., abends 8 Uhr, Warschauer Straße 49, Gemeindefaule (Kulo) am Dienstag, d. 2. Sept., abends 8 Uhr, Petersburger Straße 4, Gemeindefaule (Kulo); am Mittwoch, d. 3. Sept., abends 8 Uhr, Elisabethstr. 57/58, 8. Abn. Neuköllner (Kulo). Referent: Lebensgenosse Hugo Guba. Tagesordn. Das Hungerland der Jüdinnen usw.

Freie Soj. Jugend Groß-Berlin heute, abends 7 Uhr, in der Kulo des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 15. Allgemeine Funktionärerversammlung (Vertriebsvertrauensleute, Schülerräte, Sozialvorstände und Aktionsgemeinschaftler, Gruppenleitungen und Bezirkführer (Helfer). Wichtige Tagesordnung. Ausw. des Reichsbundes der Jüdinnen usw.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Buchhändler, Verlagsgesellschaft „Arbeit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck bei Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffsbauweg 13.